

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nr. 171 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Freitag, 27. Juli 1934

Chefredakteur: M. Braun

Wichtige eigene
Meldungen über die
Folgen des national-
sozialistischen Tutsches
Im Innern des Blattes

Macht Hitler unschädlich!

Die Forderung der blutdrohenden Schicksalsstunde an alle Europäer

„Behalten, den schuldlos Blutlebten den Henkershänden!“

Vor dem Leichnam des von Nationalsozialisten zu Tode gemarterten österreichischen Bundeskanzlers Dr. Dollfuß vergessen und beschönigen wir nichts.

Als wir am Rundfunk die Reden der österreichischen Minister hörten, in denen die Aufregungen des 25. Juli zitterten und über denen die Sorgen einer gefährlichen Zukunft lagen, dachten wir an unseren Koloman Wallisch und an die Kameraden, die mit ihm durch Standrecht starben. Dollfuß und seine Minister haben die Todesurteile zu verantworten.

Wir dachten an alle Kämpfer und Kämpferinnen des 12. Februar in den Kerkern und in der Emigration draußen und drin in Oesterreich. Es waren und sind Männer, die den evolutionären Aufstieg der von ihnen geführten Arbeiterklasse gewalttätigen Kämpfen vorzogen. Bis zuletzt haben sie dem Bundeskanzler Dr. Dollfuß die friedliche Verständigung angeboten. Er aber und seine Umgebung lebten in dem verhängnisvollen Irrtum, der die gesamte Welt chaotischen Zuständen entgegenzutreiben droht. Sie verweigern diesem wundervoll disziplinierten, diesem von hohem Kulturstreben erfüllten deutsch-österreichischen Arbeitertum die Gleichberechtigung im Staate. Nur so konnte es zu der Erhebung des 12. Februar kommen. Die Schuhbündler verteidigten mit bewaffneter Hand die Befehle des Landes und die beschworenen Freiheiten des Volkes gegen eine Bundesregierung, die eidbrüchig und gefehlos geworden war. Auf der Seite des Schuhbundes war der verfassungsmäßige Staat, auf der von Dollfuß die verfassungsmäßige Ururkupation.

So ist es in den Monaten seither geblieben. Daran wird nichts durch das Ereignis geändert, daß unter dem Segen der politisierten Kirche dem österreichischen Volke eine Verfassung aufgezwungen wurde, die mit den Worten beginnt: „Im Namen des allmächtigen Gottes.“

Der österreichische Austrofaschismus machte einen gewichtigen Grund für sich geltend: den mit anarchistischen Mitteln arbeitenden reichsdeutschen Nationalsozialismus, der dessen Totalitätsanspruch auf die Staatsführung, also die volle Entziehung aller politischen Begier und den unmittelbaren Anschluß an Deutschland unter Bruch aller Verträge und damit unter unmittelbarer Kriegsgefahr forderte. Statt das taktische Bündnis mit dem demokratischen Sozialismus zur Rettung des Landes und des Friedens zu suchen, führten Dollfuß und die Seinen den Zweifrontenkampf. Die Folgen sind unabwehrbar.

Der österreichische Nationalsozialismus, lediglich eine Filiale des deutschen und protegiert und finanziert, und

Siehe Seite 2.

Frankreich plant Intervention Gemeinsames Vorgehen mit Italien und England?

Erstes Pariser Echo Ungeheure Erregung

Paris, 26. Juli. Die gesamte Morgenpresse ist angefüllt mit Berichten über die Vorgänge in Oesterreich. Die ersten Nachrichten darüber waren bereits am Mittwochabend in Paris durch eine Sonderausgabe des „Aurora“ verbreitet worden und haben hier in allen politischen Kreisen eine ungeheure Erregung ausgelöst. Wenn sich auch die großen Zeitungen im Augenblick noch eines besonderen Kommentars enthalten, so lassen sie doch deutlich schon an den Überschriften, die sie den Berichten geben, erkennen, daß sie keinen Zweifel an der Richtigkeit Deutschlands haben.

Dabei stehen die linksstehende „Deux“ ebenso wie das rechtsstehende „Journal“ eine Feststellung ein, die geeignet ist, die Vorgänge in Wien schlaglichtartig zu beleuchten. Beide Blätter berichten übereinstimmend,

daß man bereits seit Dienstag in Berlin mehr oder weniger offen von der Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit gewisser Ereignisse in Oesterreich sprach, und daß die Vertreter der Zeitungen diese Gespräche genau notiert hätten. „Deux“ fügt hinzu, man könne wohl an einen Zusammenhang zwischen Berlin und den Wiener Politischen glauben, denn man wisse ja, daß die Regierung zu allem fähig sei. Sicher sei, daß ein Nazierfolg in Oesterreich für Hitler eine sehr glückliche Ablenkung gewesen wäre. Er hätte ihn als Erfolg der Außenpolitik gebucht, den er sehr nötig brauchte, weil ihm der Erfolg auf dem wirtschaftlichen Gebiete fehle.

Die Blätter beurteilen übereinstimmend die Intervention des deutschen Gesandten zu Gunsten der Naziverbrecher als ein bedenkliches Symptom, das Berlin sehr hart belastet, und sie zögern nicht, den Umstand, daß Hitler diesen Schritt seines Gesandten zu diskreditieren suchte, als Heuchelei anzuprangern.

Sobald die ersten Nachrichten aus Wien hier anlangten, konnte man am Duval d'Orsay eine lebhafteste Bewegung feststellen. Bereits in den Abendstunden hatte dann auch Außenminister Barthou eine Unterredung mit dem italienischen Botschafter in Paris, dem Grafen Pignatti di Custozza, in der die Wiener Ereignisse und ihre etwaigen Auswirkungen ausführlich besprochen wurden. Man nimmt hier an, daß ein gemeinsames Schritt Italiens und Frankreichs in Berlin bevorstehe, um gegen das Vorgehen der österreichischen Nationalsozialisten zu pro-

testieren, an deren inniger Verbindung mit Berlin keinerlei Zweifel zu bestehen scheinen.

„United Press“ schreibt, daß die französische Regierung die Haltung Italiens abwarten wolle, das entweder allein in Berlin vorstellig werde oder die französische und die englische Regierung als Garanten der österreichischen Unabhängigkeit auffordern dürfte, eine gemeinsame Intervention in der Wilhelmstraße durchzuführen.

Italienischer Protest in Berlin Die außenpolitischen Folgen sofort zu spüren

Ein Telegramm der „United Press“ aus Rom sagt: Infolge der österreichischen Ereignisse wird die italienische Regierung in allerhöchster Zeit ihren Botschafter in Deutschland instruieren, in Berlin Protest zu erheben. Die Regierung hatte vor kurzem beschlossen, den Protestschritt auszuschieben bis nach der Besprechung Dollfuß-Mussolini, die am Freitag stattfinden sollte. Man betont, daß diese Besprechung nicht verschoben werden soll, es sei denn, daß Dollfuß unter keinen Umständen nach Riccione kommen könne. Mussolini ist bereits in Riccione eingetroffen und wird dauernd telefonisch über die Ereignisse in Oesterreich auf dem laufenden gehalten. Ueber den ersten Eindruck über die heutigen Ereignisse in Wien erklärte ein Ministeriumsvertreter gegenüber der „United Press“, daß die Besetzung der Radiostation die letzte Seite der nationalsozialistischen Terroristen in Oesterreich darstelle, die alle Grenzen des internationalen Rechts überschritte.

Rom, 26. Juli. Der Eindruck, den in Rom die Wiener Vorgänge hervorgerufen haben, ist außerordentlich lebhaft. Die mehr Einzelheiten über den Naziputsch bekannt wurden, umso mehr wächst das Interesse an den Ereignissen. Schon jetzt zweifelt man nicht daran, daß Deutschland für alles, was in Wien geschehen ist und noch geschehen wird, verantwortlich sei. Man spricht hier nicht von einer Revolution, sondern von einer terroristischen Bewegung, wobei man das Eingreifen des deutschen Gesandten in Wien als sehr belastend für die Oesterreichregierung wertet. „Gazzetta di Popolo“ gibt ihrem Bericht die siebenstellige Überschrift „Deutschlands Mitschuld“. Das Blatt prüft weiter die möglichen Auswirkungen der Wiener Ereignisse und findet, daß Italien alle für die Zukunft etwa notwendigen Maßnahmen ergreifen müsse.

Pollzeikommissar Machts

Amtliche Kundgebung!

Zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit bedarf jede Regierung einer pflichtbewussten und lokalen Polizei.

Zeit geraumer Zeit hat die Regierungskommission zu ihrem Behalten feststellen müssen, daß neben Beamten, die ihrem Eide gewiß aufrichtig und einwandfrei ihre Pflicht erfüllen, sich auch solche befinden, die entgegen ihrem Diensteid unerlaubte Beziehungen zu gewissen anderen Stellen aufgenommen haben. Aus diesem Zustand mußten notwendigerweise für das von der Regierungskommission verwaltete Gebiet die größten Schäden, wenn nicht sogar ernste Gefahren, entstehen.

Um solchen Zuständen noch Möglichkeit vorzubeugen, hat die Regierungskommission sich veranlaßt gesehen, Kriminalbeamte zu suchen, die in jeder Hinsicht unbefangene und an dem im Saargebiet bestehenden Streite der Meinungen vollkommen uninteressiert sind. So kam es dazu, mehrere geeignete Beamte aus einem vollkommen neutralen Staate anzunehmen. Hierbei legte sie voraus, daß diese Beamte keinem politischen Druck im Saargebiet unterworfen werden könnten und infolge ihrer Sprache und Herkunft allen an sie zu stellenden dienstlichen Anforderungen genügen würden.

Raum war die Absicht der Regierungskommission bekannt geworden, als auch schon von einer gewissen Seite alles unternommen wurde, durch Presse- und Rundfunkkampagne die beschriebene Anwerbung der obenerwähnten Kriminalbeamten zu hintertreiben, was leider auch gelang.

Anamischen Personen, die infolge der veränderten politischen Lage im Reich ihre bisherige Tätigkeit im Polizeidienst ausüben mußten oder freiwillig aufgegeben hatten, sich um Beschäftigung im Saargebiet bei der Regierungskommission beworben. Wenn auch diese Personen als ehemalige deutsche Beamte einer politischen Richtung angehörten, so war bei ihnen vorrangig zu sehen, daß sie, als den politischen Machtmitteln unzugänglich, keinen gewissen sozialistischen Polizeibeamte unterworfen waren, ihren Dienst pflichtgemäß ausüben würden.

Unter den wenigen Personen, die die Regierungskommission aus diesen Bewerbungen in ihren Dienst übernommen hat, befindet sich der Polizeikommissar Machts. Besonderen Wert wird darauf gelegt, festzustellen, daß der ehemalige preussische Polizeikommissar Machts nicht in das Saargebiet geschleift ist und daß bisher auch von keiner Seite bekanntgeworden ist, daß dieser Beamte wegen irgendwelchen Vergehens verurteilt werde.

Aus den Personalien des Polizeikommissars Machts, die amtlich belegt sind, geht u. a. folgendes hervor:

Kommissar Machts war zunächst Berufsoffizier. Am 23. 8. 1913 trat er als Fahnenjunker in die Armee ein. Im Juni 1914 wurde er zum Leutnant, im Oktober 1914 zum Leutnant befördert. Bis September 1919 war er aktiver Offizier. In den letzten Kriegsjahren Führer einer Maschinenabwehrkompanie und einer Maschinenabwehr-Scharfschützenkompanie. Nachdem er bei seinem Stammregiment, dem Infanterieregiment 172, das Eisenkreuz 2. Klasse erhalten hatte, wurde ihm als Führer der 2. Maschinenabwehrkompanie des Infanterieregiments 395 am 27. Januar 1918 das Eisenkreuz 1. Klasse verliehen. Im Juni 1918 folgte die Verleihung des Silbernen Fernwundetenabzeichens für seine dreimalige Verwundung. Im August 1919 wurde er in die neu aufgestellte Reichswehr übernommen. Im September 1919 erfolgte seine Übernahme als Polizeioffizier in die neu aufgestellte staatliche preussische Sicherheitspolizei, spätere Schutzpolizei. Im Oktober 1919 wurde er zum Polizei-Experten befördert und im Juli 1920 zum Abteilungsadjutanten beim Stabe der Polizeigruppe D-berlin ernannt.

Am 1. März 1921 trat er als Referent zur staatlichen Außenhandelskontrolle über und war als solcher bei der Außenhandelskontrollstelle in Berlin tätig. Am 1. 4. 1928, mit Beginn der Auflösung der Außenhandelskontrolle ging er zur Industrie über und war bis zum 30. 6. 1929 tätig. Er stellte dann einen Antrag auf Wiedereinstellung in die Polizei. Das Gesuch wurde genehmigt, und er wurde nach Ablegung der erforderlichen Kammerprüfung auf der höheren Polizeischule in Eiche bei Potsdam und nach Absolvierung des erforderlichen Lehrganges am 1. 4. 1930 zum Kriminalkommissar beim Polizeipräsidium Berlin ernannt. Am 1. 3. 1933 wurde er infolge der Umstellung in der

Führung der preussischen Staatsgefängnisse aus politischen Gründen zwangsurlaubt und am 6. Oktober 1933 aus den gleichen Gründen entlassen.

Daß die Regierungskommission keine Bedenken zu haben braucht, einen solchen Mann als zum Polizeidienst geeignet anzusehen, bedarf wohl keiner weiteren Ausführungen.

Aus denselben Kreisen, die die Anwerbung der Beamten aus neutralen Staate hintertrieben hatten, setzte sehr bald auch eine Kampagne gegen die aus Deutschland angeworbenen Polizeibeamten, insbesondere gegen den Polizeikommissar Machts ein. Die Behauptungen, wonach Machts im Kriege ein Feigling gewesen sei, Selbstverwundungen verübt habe und dergleichen wiederholten sich so wohl in der Presse als auch im Wege von Rundfunknachrichten. Niemand hat aber der Regierungskommission irgendwelche zuverlässige Beweise für die Wahrheit der genannten Beschuldigungen zugänglich gemacht worden. Sie ist somit darauf angewiesen, den amtlichen deutschen Dokumenten Glauben zu schenken, die als Unterlagen zu den erwähnten Personalien des Polizeikommissars Machts geführt haben. Es ist für die Regierungskommission auch schwer, zu glauben, daß man einen Feigling im Felde zum Militär befördert hat, daß man ferner einem Feigling das Eisenkreuz 2. und 1. Klasse verliehen konnte. Die Regierungskommission glaubt vielmehr, einen Anlaß zu berechtigtem Mißtrauen in die gegen Machts von politischer Seite erhobenen Vorwürfe zu haben.

Zu welchen Verirrungen die gegen einen Beamten betriebene Kampagne letzten Endes führen kann, bemerkt das Attentat, das auf Polizeikommissar Machts am 24. Juli, vormittags 9 Uhr, verübt worden ist.

Die moralische Verantwortung für solche bedauerlichen Vorfälle fällt denjenigen zu, welche durch Angriffe in der Presse und verheerende Ausführungen im Rundfunk unüberlegte Leute zu irreführenden Handlungen verleiten.

Es darf sich niemand wundern, wenn die Regierungskommission, die bereits in der Begründung ihrer zuletzt erfolgten Lehrgangsverbote auf die Folgen solcher Hege gegen dienstausübende Beamte aufmerksam gemacht hatte, letzten Endes gezwungen wird, zu noch härteren Mitteln zu greifen.

mit Waffen versehen von amtlichen reichsdeutschen Stellen hat seinen Kampf für die Eroberung der totalen Staatsmacht mit den Mitteln fortgesetzt, die der Parteiführer und Reichshauptquartier seit anderthalb Jahrzehnten vorgelehrt und vorgelebt hat: mit Terror und mit Mord. Der schlagartige Ueberfall auf die Bundesregierung, die Ermordung von Dollfuß und das Hinschlachten weiterer noch unbekannter Opfer ist genau nach dem Vorbild erfolgt, das der deutsche Reichshauptquartier und Parteiführer am 30. Juni seinen besessenen Gläubigen in aller Welt gegeben hat. Nicht einmal die Verweigerung der ärztlichen Hilfe und des priesterlichen Beistandes an den katholischen Dolfuß fehlt. Genau wie bei Klausener und Probst. Nur die Einäscherung des Ermordeten war den Nationalsozialisten nicht mehr möglich.

Die deutsche Reichsregierung ist trotzdem an allem unschuldig. Es liegen reihenweise Abbittegramme aus Berlin vor. Allerdings sind sie sämtlich erst nach dem Niederschlagen des Aufstandes verfaßt. Solange der Machtkampf in Oesterreich gestern unklar blieb, überschüttete der deutsche Rundfunk die Welt mit unverhohlenen Sympathie- und Solidaritätsäußerungen für das angeblich sich erhebbende österreichische „Volk“.

In den letzten Tagen sind Sprengstoffe und Sprengkörper zentnerweise nach Oesterreich geschmuggelt worden. Dafür liegt das amtliche Zeugnis der Sankt-Gallischen Kantonspolizei vor. Es sind in Deutschland lebende österreichische Legionäre beim Transitschmuggel von Sprengstoff durch die Schweiz nach Oesterreich verhaftet worden. Sie haben angegeben, daß die Sprengstoffe aus den Magazinen der S.M.-Leitung in Lindau stammen und daß sie die Sprengstoffe in direktem Auftrag des dortigen S.M.-Kommandos durch die Schweiz nach Oesterreich bringen sollten. Die Sprengstoffe tragen amtliche deutsche Bezeichnungen. Wer die hervorragende Bedeutung der nationalsozialistischen Gauleiter im Aufbau der Partei und im deutschen Staatsleben kennt, wird nicht daran zweifeln können, daß die Führung der deutschen Regierungspartei und die Führung des deutschen Reiches an diesen Sprengstofflieferungen unter sehr unvorsichtiger Tarnung beteiligt sind. Das ist auch die Auffassung der österreichischen und der schweizerischen Presse. Eine Demarche des schweizerischen Bundesrats „angesichts des achtungswürdigen Beweises“ steht bevor.

Inzwischen hat dieser Mittwoch in Wien die Gefahren in Europa ins Riesenhafte erhoben. In Oesterreich berühren sich alle außenpolitischen Probleme unseres Erdteils. Rings um dieses kleine Land gruppieren sich die Fragen der Revision des Vertragswerks am Ende des Weltkrieges. Die staatlichen Erben der habsburgischen Monarchie außerhalb des engen Deutsch-Oesterreich wachen über ihre Grenzen und sind vor allem entschlossen, jede machtpolitische Verbindung zwischen Oesterreich und dem „dritten Reich“ zu verhindern. Ein Sieg des Nationalsozialismus in Wien würde den Vormarsch der italienischen Truppen über den Brenner bedeuten und ebenso wenig die Tschechoslowakei unbeteiligt lassen.

Italien, England und Frankreich haben sich in der klaren Erkenntnis der furchtbaren Möglichkeiten, die in dem österreichischen Problem schlummern, schützend vor die Selbständigkeit Oesterreichs gestellt und sind wiederholt mahnend in Berlin vorstellig geworden. Die österreichische Regierung hat mehrfach erwogen, gegen die reichsdeutschen Einmischungen durch die Gewalttaten der Nationalsozialisten den Völkerverbund anzurufen. Noch in den letzten Tagen kamen solche Meldungen. Auch wurde von dem Plan einer gemeinsamen Demarche der Mächte in Berlin geredet. Geschehen ist bisher nichts. Europa hat Furcht vor Entscheidungen, die es immer wieder aufschiebt, und es erreicht damit nur, daß die Konflikte, die es beschwören will, immer unlösbare werden und Explosionen näher rücken. Die europäischen Regierungen, in liberalen Grundfragen denkend und nach parlamentarischen Methoden mit zivilisiertem Verhalten und mit dem Willen zum Ausgleich arbeitend, scheinen den deutschen Nationalsozialismus nicht begreifen zu können. Ob dieses Begreifen in letzter Stunde noch möglich ist, davon liegt das Schicksal über Frieden und Krieg in Europa, über Leben und Sterben von vielen Millionen Menschen.

Der deutsche Nationalsozialismus, seine Führer und seine Soldaten, lassen sich in eine Gemeinschaft von Kulturnationen nicht eingliedern. Die europäischen Diplomaten träumen von Unmöglichkeiten. Der deutsche Nationalsozialismus kennt nur ein Recht: sich. Er kennt nur ein Mittel: die Gewalt. Er hat nur ein Ziel: die Machtbehauptung um jeden Preis.

Er ist weder zu vergleichen mit dem reformistischen demokratischen Sozialismus, der seinen Klassenkampf mit leuchtenden Humanitätsidealen verklärt, noch mit dem revolutionären proletarischen Kommunismus, der seine Klassendiktatur nur mit dem Ziele einer höheren und in der Idee friedlichen Menschheitskultur proklamiert.

Noch nicht einmal auf das gewiß tiefe Niveau des brutalen und kulturlosen Faschismus Italiens läßt sich der deutsche Nationalsozialismus hinaufschrauben. In Italien mag man immerhin mit den Problemen des Korporationsstaates ringen. In Deutschland hat der Nationalsozialismus alle sozialen Ansprüche, so vermorren sie gewesen sein mögen, mit denen er einst aufgetreten ist, in Blutstümpfen untergehen lassen. Er ist in Wahrheit jetzt schon anarchisch, nur noch sähig zur Aufrüstung von Gewalttaten, mit denen er seine Gegner niederhält. Er ist ohne inner- und außenpolitische Konstruktion. So ist er zerstörendes Dynamit inmitten Europas.

„Macht Hitler unschädlich!“ Wir denken nicht an sein Leben, über das einmal das deutsche Volk durch freie Richter hart zu Gericht sitzen wird. Persönlich ist der deutsche Reichshauptquartier jetzt nur von Männern bedroht, die durch seine Mörderhaken gegangen sind.

„Macht Hitler unschädlich!“ Wir fordern die Entmachtung einer anarchischen Systemlosigkeit, die das Verbrechen zur Staatsmoral, das Banditentum zur Staatsführung erhoben hat

Nach dem Mord die Heuchelei

Abberufung des deutschen Gesandten — Sperrung der Grenze

Berlin, 26. Juli. Plötzlich hat die Hitlerregierung Angst vor den Folgen des österreichischen Naziputsch bekommen. Sie hat den deutschen Gesandten in Wien abberufen, angeblich, weil er den Aufständischen freies Geleit über die deutsche Grenze zugesagt hat, ohne sich der Zustimmung der Berliner Stellen zu versichern. Ferner wird amtlich erklärt, daß auf Anordnung der Reichsregierung die deutschen Grenzen gesperrt worden seien, um einen beschlossenen Uebertritt der Aufständischen zu verhindern. Selbstverständlich bleibt, was natürlich nicht gesagt wird, den Leuten unbenommen, einzeln die Grenze zu überschreiten.

Diese Maßregeln sind dazu bestimmt, der Welt vorzutäuschen, daß man mit dem Wiener Putsch und seinen Folgen nichts zu tun habe und es weit von sich weise, die Aufständischen zu unterstützen. Das wird freilich nichts mehr helfen. Ein erster Blick über die heute vorliegenden Preschetimmungen des Auslandes beweist, daß man überall genau im Bilde ist. Wenn es eines Beweises noch bedürfte, daß die österreichischen Nationalsozialisten von Nazi-Stellen in Deutschland unterstützt wurden, so hat die Entdeckung reichsdeutscher Sprengstoffe auf schweizerischem Boden als Schmuggelware für Oesterreich die letzten Hüllen gelüftet.

Niederdeutscher Lügensender

Das muß man selbst gehört haben . . .

Wer am Mittwoch am Mikrofon sah und sich durch die deutschen Sender über die österreichischen Ereignisse unterrichten wollte, der hat selbst an diesem vielerfahrenen Instrument eine solche Ansammlung von Lüge, Hege und Erbarmlosigkeit noch nie erlebt.

Nis zum späten Abend wurde die Behauptung aufrecht erhalten, daß die „Volksbewegung“, die sich ausgebrochen sei, wegen der schlechten Behandlung der Gefangenen (Nazi-Bombenattentäter) den Sieg davongetragen habe. Daß es Nationalsozialisten waren, die für ihren Gauner-Überfall längst bereitliegende Heeres- und Polizeiuniformen trugen, wurde beharrlich verschwiegen. Verlogen war auch die Behauptung, daß sich Teile des Bundesheeres, der Polizei und der Heimwehr dem „Volk“ angeschlossen hätten. Immer wieder wurde nach einer Rechtfertigung des Putschgeschehens, auch noch abends, als Dollfuß längst tot war. Als man in den Frühmeldungen etwas dazu sagen mußte, wurde erklärt, daß der Bundeskanzler nicht sei, nach festem Plan arbeitenden Neuschmiedern, sondern der sich ausgebrochenen „Volksbewegung“ zum Opfer gefallen sei . . .

Wie aber gab der deutsche Rundfunk die allerersten Meldungen weiter, daß Dollfuß tot sei? Abends um 10.00 Uhr tat es der Stuttgarter Sender in folgender Form:

Bundeskanzler Dollfuß ist seinen schweren Verletzungen erlegen. Es folgt der Sportbericht . . .

Die Gauner-Regierung hat den ihr zukommenden Gauner-Rundfunk. Seine Meldungen übernimmt er von Goebbels' „Trahantendem Dienst“, eine zur Rechtfertigung amtlicher Verbrechen eingeleitete Propaganda mit dem Auftrag, dem deutschen Volk glauben zu machen, daß sich in der ganzen Welt die deutsche Treue und die deutsche Ehre gegen fremde Lüge und Brutalität im Kampfe befinden.

Noch am Donnerstagsmorgen wart kein einziges reichsdeutsches Blatt seinen Lesern mitzuteilen, daß die Putschisten und Mörder Nationalsozialisten gewesen sind!

Zwei Beispiele

Das amtliche Deutsche Nachrichtenbüro

brachte u. a. folgende Meldungen:

Wien, 25. Juli. Der militärische Leiter der Wiener Heimwehr, Major Baar, teilt mit, daß die umliegenden Häuser des Bundeskanzleramtes von Heimwehrleuten besetzt und in Verteidigungszustand gebracht worden sind. Im Hof des Bundeskanzleramtes sind etwa 150 vom Volk verhasste Beamte versammelt und befinden sich in strengem Gewahrsam.

Wie toeben bekannt wird, sind im Bundeskanzleramt neben dem schwer verletzten Dr. Dollfuß, dem Sicherheitsminister Neuner, Staatssekretär Karwinsky, auch eine ganze Anzahl höherer Heimwehrfunktionäre festgehalten, die beim Volk im Hause besonderer Brutalität stehen.

Wien, 25. Juli. Der in der ersten Sendung des Radio Wien um 12 Uhr als neuer Bundeskanzler genannte österreichische Gesandte in Rom Dr. Mintelen ist bereits in Wien eingetroffen. Er hat sich sofort in das Heeresministerium begeben, wo er mit dem bisherigen Unterrichtsminister Schulzka und den Vertretern des Bundesheeres sowie Abgeordneten des Volkes über die Neubildung der österreichischen Regierung verhandelt. Es steht nicht fest, ob Dr. Dollfuß nur für seine Person oder für das Gesamtkabinett den Rücktritt erklärt hat.

Beides frech erlogene Meldungen. Es ist von 150 vom Volk (!) verhassten Beamten“ die Rede, die in Wahrheit in der Hand schwer bewaffneter Aufständischer waren Ebenso dreist entlehrt ist die zweite Meldung. Niemand hat mit Mintelen in dem hier geschilderten Sinne verhandelt.

„Macht Hitler unschädlich!“ Unser Ruf ergeht an alle im Reich, die lebend geworden sind. Die Verbindung aller Kräfte in Deutschland ist notwendig, die gewillt und fähig sind, die heranziehende Katastrophe durch das Werk sozialistischen Aufbaus und nationaler Disziplin aufzuhalten.

„Macht Hitler unschädlich!“ Es ist nicht die Aufgabe des in tausend Fesseln liegenden deutschen Volkes allein, das längst in seiner großen Mehrheit mit Hitler gebrochen hat. Im zwanzigsten Jahrhundert führt kein Volk ein isoliertes Leben. Das deutsche Problem ist eine europäische Schicksalsfrage. Europa muß erwachen. Seine bedrückten Völker müssen sprechen.

„Macht Hitler unschädlich!“ Nicht durch einen Interventionskrieg. Aber Europa muß den Wall von Lügen durchstoßen, den Hitler zwischen der deutschen Nation und der Welt aufgerichtet hat. Europa hat die Pflicht, dem deutschen Volke durch Taten zu zeigen und zu

Sie trauern und kondolieren

Der Reichskanzler wird mit Rücksicht auf die traurigen Vorgänge in Oesterreich von einem weiteren Besuch der noch ausstehenden drei Aufführungen der Bayreuther Festspiele abgehen.

Der Reichsaußenminister Freiherr v. Neurath hat der österreichischen Bundesregierung zum Tode des Bundeskanzlers Dollfuß telegrafisch das Beileid der Reichsregierung übermittelt.

Zahlreiche Terrorschüsse

Innsbruck, 25. Juli. Der Volkshauptmann von Innsbruck, Hiedl, wurde von zwei Nationalsozialisten erschossen. Die Attentäter konnten verhaftet werden.

Klagenfurt, 25. Juli. Am Dienstag abend um 10 Uhr wurde der Heimwehrmann Ignaz Rinner in Weidmannsdorf bei Klagenfurt davon verständigt, daß er sofort zu seiner Abteilung nach Klagenfurt einzurücken habe. 20 Schritte von seinem Hause entfernt wurde er von drei Revolverkugeln durchbohrt und aufgefunden.

In Weichenbach bei Neuen wurde ein im Bahndienst stehender Schutzpolizist erschossen und schwer verletzt. Der Täter ist unbekannt.

Drei Tote bei der „Rawag“

Wien, 25. Juli. Die Zahl der Toten bei der Säuberungsaktion im Gebäude der „Rawag“ wird mit drei angegeben. Die der Schwerverletzten mit fünf. Die Zahl der Verhafteten ist nicht bekannt.

Die Mörder in Haft

DRB, Wien, 26. Juli. Die an der Besetzung des Bundeskanzleramtes beteiligten Personen sind zunächst in der Polizeistation in der Marxgasse untergebracht worden; die drei mutmaßlichen Mörder des Bundeskanzlers befinden sich dagegen in Sonderhaft.

Nach einer von der Regierung ausgegebenen Mitteilung sind sämtliche Putschisten, die das Bundeskanzleramt besetzt hatten, zur Zeit in Haft. Ueber ihr weiteres Schicksal wird selbstenfalls mitgeteilt.

Als im Auftrage der Regierung der Minister Neuschädter-Stürmer den Aufständischen das Angebot freien Abzuges unter der Bedingung machte, daß keine Todesopfer zu beklagen seien, war der Regierung und dem Minister Neuschädter-Stürmer zwar bekannt, daß Bundeskanzler Dollfuß verwundet worden war. Es war ihnen aber nicht bekannt, daß der Bundeskanzler bereits menschlins erschossen war. Es ist selbstverständlich, so wird erklärt, daß die am Mord des Bundeskanzlers Beteiligten nicht unter das zugesagte freie Geleit fallen.

Rintelen

Er ist in Haft

Nach der gewaltsamen Besetzung des Rawag-Senders wurde der Sprecher mit vorgehaltenem Revolver gezwungen, die Nachricht durchzugeben, daß die Regierung Dollfuß zurücktreten und der österreichische Vorkämpfer in Rom Dr. Anton Rintelen zum Bundeskanzler ernannt worden sei. Damit sollte ein Signal gegeben werden. Aber es war bald darauf verhallt. Nach dem Scheitern des Putschs wurde Rintelen, der sich „aktionsbereit“ bereits in Wien befand, unter Hochverratsbeschuldigung verhaftet.

Rintelen hat in der österreichischen Politik seit jeher eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Er stammt aus Weiskirchen, aus also katholischer, aber erzkonservativer Familie. In der Seipel-Ära hat er seinen Herrn und Meister noch erheblich übertrumpft. Der früher christlich-soziale Abgeordnete wurde 1910 Landeshauptmann von Steiermark. Er teilte sich führend bei der Gründung der christlichen Heimwehren. Am 8. Mai 1921 wurde er bei einer blutigen Auseinandersetzung von politischen Gegnern aus dem Fenster eines Parlamentsgebäudes gestürzt und schwer verletzt. Am 20. Mai 1923 trat er in das neugebildete Kabinett Dollfuß als Unterrichtsminister ein, welches Posten er bis zum 21. Mai 1925 bekleidete. Sein Amt als Landeshauptmann der Steiermark legte er erst nieder, als ihn der Bundeskanzler als österreichischen Gesandten nach Rom entsandte.

Rintelen galt als Begünstigter einer Versündigung an den Nationalsozialisten. Sein Sohn, der Mitglied bei den Nazis war, wurde kürzlich bei einer Geheimverammlung in Graz verhaftet.

Nun dürfte es mit der politischen Karriere des ehrgeizigen Rintelen wohl zu Ende sein. Er hat zu früh die Präfte gezogen, in falscher Einschätzung der Machtverhältnisse in Oesterreich, vielleicht auch irreführend durch diejenigen, die ihm die Krönung zum „Führer“ versprochen hatten.

Amerika - ernst und besorgt

Der Eindruck der Wiener Vorgänge in Amerika

DRB, New York, 26. Juli. Die gestrigen Vorgänge in Wien werden von sämtlichen New Yorker Morgenblättern groß aufgemacht. Nach Meldungen aus Washington betrachten die politischen amerikanischen Kreise die weitere Entwicklung in Oesterreich mit Ernst und Besorgnis.

beweisen, daß es mit einem für jedes europäischen Staatensystem unmöglichen Regime klar und deutlich bricht. Die europäische Weltung Hitlers und seiner blutigen Soldaten durch die Kulturwelt ist notwendig, wenn diese Welt selbst sich retten will.

Auf den Tag zwanzig Jahre nach dem Ausbruch des österreichisch-serbischen Krieges durch Oesterreichs ultimative Politik haben wir die neue Bedrohung Europas erlebt.

Zwanzig Jahre Weltkrieg mit allen seinen krisenhaften Folgen liegen hinter uns. Soll nun das dritte Jahrzehnt kriegerisch anbrechen?

Die Antwort auf diese Frage ist so drohend mitdrängend. Europa hat keine Zeit zu verlieren. Seine Völker müssen fordern. Seine Regierungen müssen handeln.

Wir rufen um Deutschlands willen

Das umkämpfte Saargebiet

Französische Beobachtungen

(Von unserem Pariser Korrespondenten)

Paris, 25. Juli.

Je näher der Tag der Saarabstimmung, der 13. Januar 1935, heranrückt, um so größer wird das Interesse der französischen Öffentlichkeit an den Vorgängen im Saargebiet. Während die französische Presse in den ersten Monaten nach dem Antritt der Hitlerregierung nur in sehr bescheidenem Maße ihren Lesern darüber Aufschluß gab, wie sehr sich die Auswirkungen des neuen Regimes, und vor allem wie unliebsam sie sich im Saargebiet bemerkbar machten, ist das heute meistens anders. Kaum ein Tag vergeht, wo nicht die eine oder andere größere Zeitung dem Saarproblem ihre Spalten öffnet.

Man ist sich, leider etwas spät, hier darüber klar geworden, welche unendliche Bedeutung es für Frankreich hat, ob dieses vor den Toren Lothringens gelegene Land in Zukunft ein Bollwerk des Friedens oder ein Ausfallstor und Vorposten für Hitlers Neuanordnungen sein wird. Man hat bisher zu sehr der Nazi-Propaganda geglaubt und deshalb resigniert damit gerechnet, daß die Saarbevölkerung sich mit überwältigender Mehrheit für das „dritte Reich“ entscheiden wird. Der Irrtum war, daß man Hitler mit Deutschland verwechselte. Erst jetzt merkt man in Frankreich, daß zwar das Saarland deutsch ist und so gut wie alle Bewohner den Wunsch haben, ihr Deutschtum auch frei zu bekennen, daß aber sehr viele von ihnen, vielleicht schon jetzt die Mehrheit aus Liebe zu Deutschland nicht die Rückgliederung in ein Deutschland wünschen, in dem der wahre deutsche Geist tagtäglich von den braunen Machthabern geschändet wird.

Zwei große Pariser Tageszeitungen sind es, die, in der Erkenntnis, wie viel am Abstimmungstage von der Haltung der katholischen Bevölkerung abhängen wird, auf die Wandlung hinwirken, die man gegenwärtig bei den Katholiken an der Saar feststellen kann. Im „Petit Parisien“ führt Jean de Pange an leitender Stelle in einem „die Abneigung der Saarkatholiken gegen Hitler“ überschriebenen Artikel aus, daß sich entschieden etwas im Saargebiet geändert habe. Im Gegensatz zu früher sehe aber man auch jetzt große Menschenansammlungen vor den Schaufenstern der nazifreundlichen Zeitungen, und die dort ausgehängten Artikel würden sehr aufmerksam gelesen. Auf die Begeisterung für die nationalsozialistische Revolution sei eine gewisse Interessiertheit gefolgt, die nun einer Abneigung Platz gemacht habe, für die man täglich neue Beweise bekomme. Seit einigen Wochen überschützten sich diese Beweise sogar. Das entsetzliche Blutbad vom 30. Juni, diese Hinrichtungen ohne richterliches Urteil oder vielmehr dieser Massenmord, bei dem viele Personen umgekommen seien, weil sie ihre Würde nicht hätten an ihnen rächen wollen, hätten diese im tiefsten Innern gläubige Bevölkerung, für die Gerechtigkeit und Religion Ideale seien, geradezu aufgeschreckt. So wie es in Lothringen ähnlich sei, sei der Protest lautlos, aber doch nicht wirklos erfolgt, indem man in erhebender Weise die beiden großen Katholiken geehrt habe, die Hitler habe ermorden lassen.

Und nun erzählt der Verfasser, welche Macht das Zentrum früher im Saargebiet gehabt habe, wie die „Landeszeitung“ immer mehr von Berlin abhängig geworden sei und schließlich die aktiven Kräfte, die hinter dieser Zeitung gestanden hätten, sich von ihr losgelöst hätten, um ein neues katholisches Blatt zu schaffen. Er berichtet dann von der Gründung der Saarländischen Wirtschaftsvereinigung, deren Mitglieder an die Stelle des Deutschland aufgezungenen Heil-Hitler-Grußes den Ruf „Frei Saar!“ gesetzt hätten. Es werde oft gesagt, daß französisches Geld in den hitlerfeindlichen Parteien rolle. Das sei falsch. Hitlers Parteigänger zahlten für ihre Propaganda ungeheure Beiträge, wie der Verfasser habe persönlich feststellen können. Man könne nur lachen und vielleicht bedauern, wenn man wüßte, wie wenig Geld die Franzosen dafür ausgaben. In Wahrheit könnten die Saarländer nur auf sich selbst zählen, um ihre Sache triumphieren zu lassen.

Die Anhänger der Status quo hätten nur einen Wunsch: Meinungsfreiheit. Die „Deutsche Front“ habe bis Jahresende alle größeren Säle ihren Gegnern abgetrieben. Nun erwarte man von der Abstimmungs-Kommission, daß sie die Säle unter die Parteien verteilt. Besonders dringend sei der Kampf gegen den Hitlerterritorialismus. Dieser Terror nehme gefährliche Formen an. Eine wahre Saarfrage sei die Spitzelerei der Nazis. Überall fühle man sie; in den Zeitungsredaktionen, wo man feststelle, daß die Telefonate von Hitlerhorposten überwacht würden; in den öffentlichen Gebäuden, wo man bitte, leise zu sprechen, wenn es sich um Politik handele, und sogar — in den Kirchen.

Stenogramme der Predigten schickte man nach Berlin. Bischof Bornwasser von Trier beachte wenig die Neutralität, zu der im Saargebiet verpflichtet sei, wenn er dort die ihm unterstellten Geistlichen besuche. Am Ende einer seiner Predigten habe sich ein saarländischer Pfarrer nicht gefürchtet, ihm zu sagen: „Es scheint, daß die Herrschaft Christi erst hinter Hitlers Herrschaft kommt.“ Aber, so schließt der Verfasser, man rühre da an dem ernstesten Problem, das zwischen Saarbrücken und Rom zur Diskussion stehe. Man müsse sich heute Zurückhaltung auferlegen. „Erklären wir kurz, daß in seiner gewaltigen Mehrheit der katholische Klerus an der Saar hitlerfeindlich ist. Wenn wir es verstehen, ihm die Freiheit zu sichern, die er braucht, dann werden wir die Folgen am Abstimmungstage sehen.“

„Im Jour“ läßt sich Georges Marcenay über die gleiche Frage vernehmen. Da heißt es unter anderem: Die saarländische Geistlichkeit sei verfassungsmäßig den deutschen Bischöfen in Trier und Speyer untertan. Bischof Bornwasser von Trier sei immer ein Nationalsozialist gewesen, Bischof Sebastian von Speyer sei zu müde und zu schwach — er sei ja schon ziemlich alt — und deshalb nicht geeignet, die Rechte der Geistlichen zu verteidigen. Diese ständen unter dem Terror der Nationalsozialisten. Bischof Bornwasser habe schon verschiedentlich sich feindlich gegen die „Neue Wasser-Volt“ der unabhängigen und freiheitlich gesinnten Katholiken ausgesprochen. Er habe sogar die Geistlichen aufgefordert, in Massen der „deutschen Front“ beizutreten. Es sei, so schließt Marcenay, wünschenswert, daß die Regierungskommission den Vatikan auffordere, für die Zeit bis zum Abstimmungstage einen Sonderbeauftragten des Vatikan nach dem Saargebiet zu entsenden.

An die Regierungskommission

Höchste Gefahrenstufe für das Saargebiet!

Jeder Tag bringt neue blutige Beweise für die Barbarei des Nationalsozialismus.

Nach dem 30. Juni des Mordens in Deutschland, nach der feierlichen „Legalisierung“ aller Untaten durch die Reichsregierung, nach der Erhebung der Mörder zu Heroen und Rettern des Vaterlandes, nach der langen Reihe von Attentaten mit Sprengstoff und Revolver, die seitdem unternommen sind, nunmehr der wilde nationalsozialistische Aufstand in Oesterreich, die Ermordung des Bundeskanzlers Dr. Dollfuß durch bestialisches Wahn.

Die Schuld des Nationalsozialismus, seine Verbindung mit den Zentralen im Reich und seine Velleiterung mit Mordwaffen durch amtliche deutsche Stellen steht fest.

Was in Oesterreich geschah, kann in jeder Stunde sich im Saargebiet ereignen.

Eben erst hat der sogenannte Landesleiter der „deutschen Front“ am reichsdeutschen Rundfunk alle, aber auch alle deutschen Gegner des Nationalsozialismus im Saargebiet als fortumplettete, künstliche, landesverräterische, aus der deutschen Gemeinschaft auszutretende Elemente beschimpft.

Das ist die Sprache, die allen nationalsozialistischen Morden — die vielen tausenden und aber tausenden — vorausgegangen ist. Das sind die Worte, durch die alle politischen Gegner des Nationalsozialismus von jeder Disziplin und für vogelrei erklärt worden sind. Das ist der rohe, von keiner zivilisierten politischen Ueberzeugung durchleuchtete Wahnsinn, der von den Nationalsozialisten gepredigt, geschrien und verherrlichte Fanatismus, der stets zu Explosionen geführt hat, zu blutigen Ausschreitungen führen muß.

Stets und immer sind solche Aufreizungen von den nationalsozialistischen Führern mit Bekenntnissen zur Legalität, mit Mahnungen zur Disziplin umkleidet worden. Um so mehr, je näher illegale Aktionen waren.

Stets aber auch sind Mörder noch gelungenen Attentaten zu Nationalheiligen erklärt, stets sind ehrenwürdige und

eideschwörtliche Erklärungen von den Nationalsozialisten gebrochen worden. Von der Tribüne des Reichstages wurde parteiamtlich gerühmt, Wortbruch gegenüber jedem den Nationalsozialisten nicht genehmen Regierungswesen sei Pflicht.

Die neuesten nationalsozialistischen Untaten in Oesterreich erhöhen die Gefahr auch im Saargebiet. Selbst wenn man ausnahmsweise den guten Willen der nationalsozialistischen Führer voraussetzen wollte, muß man wissen, daß sie nicht die Macht haben, die dunklen und zu allen Ausschreitungen bereiten Elemente zu zügeln, die infolge der wilden haherikanischen Agitation ihre Scharen durchziehen.

Die Regierungskommission hat wiederholt amtlich an der Zuverlässigkeit entscheidender Teile ihrer Exekutive gezweifelt.

Eine schwache Exekutive ist eine große Versuchung für gewalttätige Nationalsozialisten gegen den Frieden an der Saar vorzubringen. Unabsehbar europäische Gefahren stehen im Hintergrunde, wenn es im Saargebiet zu Ereignissen ähnlich denen in Oesterreich kommen sollte.

Wir wenden uns an die Saarregierung. Wir rufen die Abstimmungskommission auf. Repressive Maßnahmen sind gegen barbarischen Einbrüche in die europäische Zivilisation nicht am Platze. Man sehe den deutschen Nationalsozialismus endlich wie er ist: antieuropäisch, unbeherricht und gewalttätig.

Wir fordern unverzüglich eine starke Regierungsmehrheit an der Saar, eine zuverlässige ausreichende Exekutive, die fest in der Hand der Regierung ist.

Es geht uns nicht nur um das Schicksal einiger Personen, auch wenn es unsere nächsten Freunde sind.

Das Saargebiet wird von Tag zu Tag mehr ein Gefahrenherd für den Frieden Europas.

Das ist die Lage. Sie erfordert rasche und energische Handlungen.

Mehr als fragliche Mehrheit

Wenn heute abgestimmt würde . . .

Saarbrücken, 26. Juli. Die lothringische „Vorwächter“-Bürgerzeitung“ ist von den Nazisblättern im Saargebiet und im deutschen Rundfunk oftmals als Kronzeugin für die „hitlerfeindliche Stimmung“ an der Saar zitiert worden. Dieses Blatt veröffentlicht nun einen Artikel unter der Überschrift „Eine deutsche Niederlage im Saargebiet“. Es schreibt über die Stimmung der Saarbevölkerung, daß der Kulturkampf Hitlers gegen die katholische und protestantische Kirche in den Köpfen und Herzen der Saarländer verheerend gewirkt habe. Die Mißbilligung der christlich eingestellten Volksschichten des Saargebietes habe sich in der letzten Zeit fast mit elementarer Wucht gebildet. Das Blatt schließt seinen Artikel: „Wenn heute abgestimmt würde, dann ist es mehr als fraglich, ob sich eine Mehrheit für die Rückgliederung an das Deutsche Reich ergäbe.“

Massenschlachtungen von Vieh

Wir berichteten bereits vor einigen Tagen, daß die Futtermittelknappheit die Bauern in verschiedenen Gegenden Deutschlands zwingt, ihr Vieh abzustutzen und schlachten zu lassen. Solange sich diese Informationen auf ausländische Quellen oder auf unsere eigenen bezogen, waren es selbstverständlich alles „Grenelmärchen“ und „Lügenmeldungen“ der Emigrantenspreche. Aber immer deutlicher zeigt es sich, daß die Nazis und die gleichgeschalteten Schreiberlinge nicht mehr in der Lage sind, auf die Dauer die Wahrheit zu verheimlichen, daß sie sich im Gegenteil gezwungen sehen, unsere „Grenelmärchen“ als Grundlage zu ihren eigenen Mitteilungen zu machen. So ist es auch mit unserer Meldung über das Massenschlachten von Vieh in Deutschland.

Der Landesbauernführer in Hessen-Raffau hat eingehende Erhebungen über die häuerliche Notlage durchzuführen lassen und in der „Bauernzeitung Rhein-Main-Neckar“ darüber wie folgt berichtet:

„Die Schäden infolge der Trockenheit und des Minderertrages der Ernte sind im Gebiete der Landesbauernschaft Hessen-Raffau außerordentlich groß. Als Folgeerscheinung zeigt sich vor allem eine Futtermittelknappheit in höchstem Ausmaß. Infolgedessen sind die Bauern gezwungen, ihr Vieh auch dann, wenn es noch nicht schlachtreif ist oder wenn es sich noch um Milchvieh handelt, abzustutzen.“

So wird deutsches Nationalvermögen vernichtet. Dabei handelt es sich gar nicht um die Schäden infolge der Trockenheit. Man kann nicht immer nur den lieben Gott für alle Schwierigkeiten des Naziregimes verantwortlich machen. Selbstverständlich spielt die Dürre eine große Rolle. Aber Dürreschäden gab es auch in früheren Zeiten. In solchen Fällen konnte ein Ausgleich durch Einfuhr von Futtermitteln herbeigeführt werden und das Vieh brauchte nicht geschlachtet zu werden. Außerdem konnte durch die Einfuhr von Futtermitteln ein sprunghaftes Steigen der Futtermittelpreise verhindert werden. Heute aber, wo infolge des finanziellen Bankrotts des Reichs die Einfuhr gedrosselt werden muß, fehlt es an Futtermitteln und die Preise werden von den Großhändlern in geradezu schamloser Weise in die Höhe getrieben, ohne daß der sogenannte Bauernführer Darre dagegen einschreitet.

Aber noch andere interessante Dinge erfahren wir vom Bauernführer in Hessen-Raffau. Er schreibt:

„Der ungenügende Futterzustand der Tiere einerseits und die angebotenen großen Mengen andererseits drücken naturgemäß auf die Preise. Hinzu kommt, daß unglücklicherweise bei der Verbraucherschaft auch noch ein geringer Bedarf an Fleisch vorliegt.“

Sich mal einer an! Unter Hitler ist das deutsche Volk Vieh unter die Vegetarier gegangen. Wahrscheinlich dient der Führer dem Volke als Vorbild. Nur, daß leider der verarmte deutsche Volksgenosse nicht in der Lage ist, wie sein Führer zwanzig Mohrenköpfe auf einen Stroh herunter-

zuschlingen. Der Grund dafür, daß der deutsche Verbraucher plötzlich Vegetarier geworden ist, ist natürlich nicht darin zu suchen, daß ihm Hitler als Vorbild dient, sondern weil infolge des gesunkenen Volkseinkommens der deutsche Konsument nicht in der Lage ist, Fleisch in bisherigem Umfang zu konsumieren, obwohl die Viehpreise angesichts der Massen-schlachtungen — wie der Landesbauernführer selbst behauptet, — stark gesunken sind.

So sehen wir, wie die Nazishauptlinge selbst sich gezwungen sehen, nachträglich unsere „Grenelnachrichten“ in Deutschland zu verbreiten. Sie tun das aber erst, wenn alle bereits gemerkt haben.

Die minderwertigen Juden

Und die Rede eines hochwertigen Arierführers

Laut der „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 371) hat der Staatsrat und Gauleiter Groh in Aachen über die rassistischen Grundlagen der deutschen Volkseinheit u. a. ausgeführt:

Gauleiter Groh sprach über die rassistischen Grundlagen der deutschen Volkseinheit. Die Hitler-Jugend müsse sich dieser Grundlagen bewußt sein, die in erster Linie Blutsgemeinschaft und deutsche Eigenart seien. Wenn das deutsche Volk diesen Rassenstandpunkt verleihe, so betrachte es deshalb doch nicht die anderen Rassen als minderwertig. Die jüdische Rasse dagegen müsse es als minderwertig ansehen. Der Jude sei der Feind jeder anständigen Gemeinschaft in der ganzen Welt. Der Jude sei der Feind der Arbeit; er lebe vom Profit, immer beirtebt, andere Völker zugrunde zu richten. So war es schon vor tausend Jahren, so war es schon seit Christus, der ja behauptet hat, der Satan sei der Vater des jüdischen Volkes. Von dem Juden stamme alles Felselwerk. Er habe dem deutschen Volke jeden sittlichen Halt nehmen wollen, und das sei ihm auch teilweise geglückt. Der Jude sei der Urheber des Klassenhasses, des Marxismus und der Dünkelhaftigkeit. So habe er Deutschland zum Spielball der Welt gemacht. Vor dem Kriege habe er die Welt gegen das friedfertige Deutschland aufgebracht. Im Kriege habe er Grenelmärchen gegen das deutsche Volk verbreitet. Nach dem Kriege habe er das Volk angebetelt, Wirtschaft und Kultur vernichtet. Heute bege er die Welt wieder gegen das friedliche Deutschland. Das müsse die deutsche Jugend wissen, daß ihr die Reinheit des Blutes und die Eigenart des Volkstums über alles zu gehen habe. Die Jugend müsse wissen, daß sie ihr Blut sauber zu halten habe. Die Jugend sei verantwortlich für das Weiterleben der Nation. Jeder deutsche Junge und jedes deutsche Mädchen müsse sich schämen, einen Juden auch nur freundlich anzusehen. Wer bei einem Juden laufe, einen jüdischen Arzt oder einen jüdischen Rechtsanwalt zu Rate ziehe, beschmühe die deutsche Ehre. Unsere Anständigkeit und unsere Menschlichkeit gebieten uns, so sehr Gauleiter Groh fort, den Juden als einen Feind zu behandeln. Wir befinden uns da in einer Gesellschaft mit Christus, der erklärte, daß der Satan der Vater des Judentums sei; wir befinden uns in Gesellschaft aller großen Männer der Welt, insbesondere der deutschen.

„Insbesondere der deutschen . . .“

Groh's hoher geistiger Gedankenflug stieg im Laufe einer „Kulturwoche der Hitlerjugend“.

Arier-Bestimmungen bei Unehelichen

Zur Beseitigung von Zweifeln, die sich bei der Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen ergeben haben, verweist der Reichsjustizminister auf die Richtlinien, die für die Feststellung der arischen Abstammung bei Unehelichen gelten. Danach gilt das uneheliche Kind einer Arierin als nichtarisch im Sinne der Beamtengehörse, wenn sein Vater oder dessen Vater oder Mutter nichtarisch war. Neben handesamtliche Register, Gerichtsurteile usw. keinen Aufschluß, und ist auch sonst nicht nachweisbar, wer der Vater war, so wird ein uneheliches Kind bei arischer Herkunft mütterlicherseits bis zum Beweise des Gegenteils oder wenn nicht die besonderen Umstände des Falles dagegensprechen, als arisch anzusehen sein.

Ernährungssorgen und Mißernte in Deutschland

Von Jan Severin

Zu den außerordentlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, denen das Hitler-Regime in den nächsten Wochen und Monaten entgegen geht, tritt neuerdings die große Gefahr einer Unterversorgung an Lebensmitteln. Bisher hatte die Ernährungsfrage dem Hitler-Regime von allen Problemen die geringsten Sorgen gemacht, da Deutschland in Getreide und Kartoffeln, sowie den anderen pflanzlichen Nahrungsmitteln durch die mit außerordentlichen Subventionen und handelspolitischen Opfern erkaufte Agrarpolitik der letzten Jahre und besonders des Jahres 1933 von der ausländischen Einfuhr fast unabhängig war. Durch die Mißernte hat sich die Lage jetzt völlig geändert und die Hungerkrawalle, die aus einigen Teilen des Reiches, besonders aus dem westlichen Industriegebiet und aus Berlin im Zusammenhang mit dem immer deutlicher hervortretenden Kartoffelmangel gemeldet werden, dürften nur die ersten Sturmzeichen sein, die die Periode einer neuen schweren wirtschaftlichen, sozialen und politischen Belastung des Hitler-Regimes in der Ernährungslage einleiten.

In keinem Lande der Welt ist die Kartoffel in so hohem Maße die Grundlage der Volksernährung, wie in Deutschland. Von einer europäischen Kartoffelernte in Höhe von rund 1 1/2 Milliarden Meterzentnern entfielen auf Deutschland 1932 zirka 410 Millionen, 1933 sogar 440 Millionen Meterzentner, also zuletzt mehr als ein Drittel der ganzen europäischen Ernte. Die deutsche Regierung ist ängstlich bemüht, jede Angabe über den Umfang des Minderertrages der diesjährigen Kartoffelernte zu vermeiden, aber die Tatsache, daß der Marktpreis, der noch im Mai in Berlin für je 50 Kilogramm 2,20 bis 2,40 Mark betrug, nach einer Steigerung auf 3,70 im Juni nunmehr im Juli auf 4,30 bis 4,40 Mark gestiegen ist, sich also ungefähr verdoppelt hat und die sich aus allen Teilen des Reiches häufenden Meldungen über das „Schlange-Stehen“ der Hausfrauen vor den Kartoffelläden und die Rationierung der vorhandenen Ware beweisen deutlich, daß die Ernte in diesem Jahre außerordentlich schlecht ist und zur Versorgung der Bevölkerung nicht annähernd ausreicht.

Bei den sehr schlechten Einkommensverhältnissen, die jetzt in Deutschland herrschen und angesichts der kommenden neuen Welle einer verschärften Arbeitslosigkeit sind die Möglichkeiten, von der Kartoffelnahrung zum Brot überzugehen, schon aus Preisgründen außerordentlich gering. Läßt man aber selbst dieses wichtige Bedenken unberücksichtigt, so zeigt doch eine Uebersicht der deutschen Getreidelage schon jetzt, daß es ganz unmöglich für Deutschland ist, in diesem Jahre mit der eigenen Ernte auszukommen und auf fremde Getreideeinfuhr zu verzichten. Die letztere aber kommt schon deshalb nicht in Frage, weil die hierfür nötigen Devisen bekanntlich nicht zur Verfügung stehen.

Den gleichgeschalteten deutschen Handelskreisen war die Veröffentlichung von Saatenstandsberichten bereits seit vielen Wochen streng verboten, um eine Beunruhigung der Bevölkerung über die Sicherstellung der Ernährung zu vermeiden. Diese Beunruhigung ist jetzt aber doch im Zusammenhang mit den enormen Steigerungen der Kartoffelpreise und dem nicht mehr zu verschleiern Mangel an Kartoffeln aufgetreten. Um diese Beunruhigung nun nicht weiter wachsen zu lassen, hat man sich zur Veröffentlichung von Vorschlägen auf die Getreideernte entschlossen. Es ist nun zu berücksichtigen, daß Deutschland früher einen sehr großen Teil des Getreidebedarfes aus dem Auslande importierte und hierzu mit Rücksicht auf den großen Export von Industriewaren auch in der Lage war. Im Laufe der letzten zehn Jahre hat man die Getreideproduktion im Inlande durch ständige Heraufschraubung der Schutzzölle und durch große Agrarsubventionen, wie die Osthilfe, immer weiter erhöht, so daß sie 1933 einigermassen zur Deckung des Inlandsbedarfes ausreichte. Die amtlichen Stellen veröffentlichen jetzt eine Vorschätzung für die deutsche Ge-

treideernte in Höhe von 11,37 Millionen Tonnen für Brotgetreide (Roggen, Weizen und Spels). Statt dieser Ziffer nun aber die Erntemenge des Jahres 1933 gegenüberzustellen, zieht man nur einen Vergleich mit dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre 1924 bis 1933. Dieser Durchschnitt ergibt für das genannte Jahrzehnt eine Brotgetreideernte von 11,40 Mill. Tonnen, also nur unerheblich höher wie die für 1934 veröffentlichte Vorschätzung. Zur Erkenntnis der wirklichen Lage ist aber dieser Vergleich mit dem Durchschnitt des ganzen vergangenen Jahrzehntes ganz sinnlos, da Deutschland in diesem Jahrzehnt bis vor wenigen Jahren nur deshalb mit einer so geringen Getreideernte auskommen konnte, weil man alljährlich in der Lage war, gewaltige Getreidemengen aus dem Auslande gegen Devisen zu importieren.

Viel wichtiger ist der Vergleich dieser Vorschätzung von 11,37 Mill. Tonnen mit dem Ernteertrag des Jahres 1933, der nicht weniger als 14,49 Tonnen beträgt. Deutschlands Ernte an Brotgetreide bleibt also nach den eigenen, jetzt von den amtlichen Stellen veröffentlichten Vorschätzungen um rund 22 Prozent hinter derjenigen des Vorjahres zurück. 1933 war es einigermassen möglich, mit der eigenen Getreideernte die Volksernährung sicherzustellen. 1934 wird es unmöglich sein. Man muß also entweder mehrere Millionen Tonnen ausländisches Getreide zu den jetzigen hohen Weltmarktpreisen gegen Devisen einführen, oder aber man muß die vorhandenen völlig unzureichenden Erntemengen einschließlich der aus den letzten Jahren verbliebenen Vorräte, die aber nach den eigenen Angaben des Hitler-Regimes nicht ausreichen, um den Minderertrag auszugleichen, rationieren. Die Situation wird weiter noch ganz erheblich dadurch erschwert, daß die Kartoffelernte viel zu gering ist und daß die vorhandenen Getreidereserven und ein erheblicher Teil der diesjährigen geringen Brotgetreideernte zum Ersatz der fehlenden Kartoffelmengen herangezogen werden muß. Noch ungünstiger liegen die Verhältnisse bei der Futtermittelernte, weil hier so gut wie überhaupt keine Vorräte aus früheren Jahren zur Verfügung stehen, so daß eine massenweise Abschächtung des Viehs und eine weitere Verminderung des Bauernstandes heute bereits als ganz unvermeidlich anzusehen ist. Nach den eigenen, wie üblich sehr optimistischen Vorschätzungen der diesjährigen deutschen Ernte ergibt sich folgendes ungünstige Bild, das aber aus naheliegenden Gründen den enormen Minderertrag der zu erwartenden Kartoffelernte nicht enthält (in 1000 Tonnen):

	1934	1933
Roggen	7270	8727
Weizen und Spels	4190	5763
Wintergerste	641	713
Sommergerste	2270	2754
Hafer	5000	6951

Bis auf den geringen Rest der jetzt noch verbleibenden Devisen hat Deutschland im ersten Halbjahr 1934 den Devisenbestand zur Vorversorgung in Rohstoffen unter nahezu völligem Verzicht auf jede Lebensmitteleinfuhr verwandt. Die jetzt etwa noch vorhandenen geringen Devisenreste stehen zur Einfuhr von Rüstungsrohstoffen usw. überhaupt nicht mehr zur Verfügung, da man sie zur Deckung des dringendsten Lebensmittelbedarfes unbedingt brauchen wird. Die Einfuhrung von Brot- und Kartoffelkarten in Deutschland bleibt unter diesen Verhältnissen unvermeidbar. Die Verelendung der Konsumenten dürfte in verschärftem Tempo fortschreiten, während gleichzeitig die Notlage der Bauern, die ihr Vieh nicht durchfüttern können, sich automatisch verschlimmern muß. Mit dieser neuen und unvermeidlichen Verschärfung der wirtschaftlichen und sozialen Lage dürfte auch die politische Stellung des Hitler-Regimes infolge der Lebensmittelnöte bald eine neue und schwere Erschütterung erfahren.

Die Textilindustrie vor Rohstoffmangel und Kurzarbeit

Wir lesen in der „Frankfurter Zeitung“: Keine der großen Verbrauchsgüter-Industrien hat an den ersten Ansätzen zur Besserung im Jahre 1932 und an dem von kräftigem staatlichem Einsatz getragenen Aufschwung seit 1933 in solchem Maße teilgehabt wie das Textilgewerbe. Nirgends ist aber auch die Rohstoffabhängigkeit vom Auslande, die heute im Zeichen der Devisenknappheit das beherrschende Problem der deutschen Industriekonjunktur darstellt, so sehr gegeben wie hier: vier Fünftel des gesamten Rohstoffverbrauchs mußten bisher in der Regel importiert werden, von der Baumwolle sogar 100 Prozent, von der Wolle 90 bis 95 Prozent. Und deshalb sind in der Textilwirtschaft als einer Devisenverzehrerin ersten Ranges die Fragen der Vorratsbewirtschaftung, der Entwicklung der heimischen Rohstoffquellen und der gegebenenfalls notwendigen Anpassung der Produktion von besonderer Dringlichkeit.

Die Lage, in der die deutsche Textilindustrie von der Einfuhrdrosselung betroffen wird, trägt also zahlreiche Merkmale einer Hochkonjunktur, und zwar, wie vorweggenommen sei, einer Inlandskonjunktur. Nach den Schätzungen des Instituts für Konjunkturforschung war Ende Juni der Bedarf aus Vorräten und Inlandsprodukten für 4 bis 5 Monate gedeckt. Bei dieser Vorratslage konnte der hohe Beschäftigungsstand bis heute aufrechterhalten werden, aber das bedeutet in erster Linie die Abwicklung des vorhandenen großen Auftragsbestandes, z. B. in der Rohweberei

bis weit ins vierte Quartal hinein. Neue Aufträge können bereits seit einiger Zeit an manchen Stellen nicht mehr oder nur unter Vorbehalt der Rohstoffbeschaffung angenommen werden. Die Weiterbeschäftigung der Textilindustrie auf ihrem gegenwärtigen Stand ist also eine ernste Aufgabe. Die handelspolitischen Möglichkeiten, die Lieferländer der Textilrohstoffe, mit denen unsere Handelsbilanz durchweg passiv ist, zur Aufnahme deutscher Zusatzexporte zu bewegen und damit Deutschland zu vermehrten Rohstoffbezügen instand zu setzen, werden schnell genützt werden müssen. Daneben steht die Entwicklung der heimischen Rohstoffquellen. Unter ihnen ist die Förderung der Schafzucht seit dem Vorjahr eingeleitet, sie kann sich aber nur in begrenztem Umfang und vor allem erst auf lange Sicht auswirken. Die stärkere Entwicklung der Kunstwollerzeugung und eine entsprechende Umstellung der Verarbeitung von Kammgarn zum Cheviot ist in vollem Gange. Die Kunstseidenindustrie ist auf viele Monate hinaus voll beschäftigt, die Vorräte bei den Erzeugern haben sich gelichtet. Indes hat die Kunstseide nach Berechnungen von unabhängiger Seite bisher nur etwa 10 Prozent unseres Baumwollverbrauchs und etwa 2 — 4 Prozent des Gesamtverbrauchs an Textilstoffen decken können. Alle diese Möglichkeiten dürfen als unmittelfähige Hilfe nicht überschätzt werden, zumal da die Preise vorläufig noch weit über denen der entsprechenden Naturprodukte

liegen. Preiserhöhungen, die bei stärkerer Beimischung dieser neuen Erzeugnisse entstehen müßten, würden aber der großen Linie unserer Wirtschaftspolitik zuwiderlaufen.

Die schon seit unserer Zeit im Gange befindlichen Erwägungen über die Konsequenzen, die aus der Rohstoffverknappung zu ziehen sind, bewegen sich deshalb nach unseren Informationen in der Richtung, eine weitere gleichmäßige Beschäftigung der Textilindustrie durch Verkürzung der Arbeitszeit sicherzustellen und so den Aufschwung in ruhigere Bahnen zu lenken.

Unhaltbar gewordene Lage

Vor uns liegt folgendes vom 20. Juli datiertes Rundschreiben über die Folgen der deutschen Devisenreparierung:

Die Rotterdamer Getreide-Spediteure wenden sich an die Kundschaft, um sie auf die durch die Devisenbeschränkungen unhaltbar gewordene Lage hinzuweisen.

Die Ueberweisungen der Vorlagen für Seefrachten, Umschlagskosten und Flußfrachten erfolgen in den letzten Monaten in einer vollkommen ungenügenden Weise. Die Ablösung von Bankgarantien, die normalerweise in einigen Tagen geschehen muß, hat sich derartig lang hingezogen, daß auch das finanziell stärkste Unternehmen nicht mehr in der Lage ist, die Verpflichtungen, welche sich darauf den Banken gegenüber ergeben, zu erfüllen.

Die Empfangnahme gegen Bankgarantie und Sicherstellung der Seefracht ist nicht mehr möglich, weil die Parteien in Rotterdam zur Verfügung der Seekonossements-Inhaber oder Seereedereien bzw. Banken solange liegen bleiben müßten, bis die Seedokumente zur Stelle und die Seefrachten bezahlt sind.

Die Folgen dieses Zustandes sind deutlich. Es ist unseren Mitgliedern bei allem guten Willen nicht mehr möglich, weitere Vorlagen irgendwelcher Art zu machen und Bankgarantien zu stellen. Die Kundschaft wird also mit erheblichen Extrakosten zu rechnen haben, weil nichts anderes übrig bleibt, als in Hinkunft alle Parteien, für welche die Seedokumente und die Deckung von Seefracht, Umschlags- und Transportkosten fehlen, in Cargadorslichter bzw. Dampferschuppen gehen zu lassen.

Namens unserer Mitglieder bitten wir Sie daher in Ihrem Interesse, dafür sorgen zu wollen, daß bei Eintreffen aller Parteien die Seedokumente, volle Deckung für die Seefrachten und annähernde Deckung für die Umschlags- und Flußtransportvorlagen im Besitz der Spediteure sind, weil nur dadurch die glatte Abwicklung der Spedition und Weiterverladung gewährleistet wird.

Hochachtungsvoll
Verein Rotterdamer Getreidespediteure
(Graan-Expeditieverbond)

Karstadt wird saniert

Die Naziagitation gegen die Warenhäuser hat bekanntlich den Warenhauskonzern Karstadt ruiniert. Der vollständige Zusammenbruch wäre zu einer solchen Katastrophe geworden, daß die öffentliche Hand eingreifen mußte. Das Aktienkapital des Konzerns umfaßt nun 28,8 Millionen RM. gegen früher 75 Millionen RM.; die Bilanzsumme verminderte sich von 279,6 Millionen RM. auf 193,6 Millionen RM. Zu diesen Zahlen ist zu bemerken, daß sie offiziell, also hitlerdeutsch falsifiziert sind! Die Sanierung wurde so durchgeführt, daß zunächst „eine Abstoßung vieler überflüssig angegliederter Fabrikbetriebe“ erfolgte. Stempel Arbeiter und Angestellte durch diese Maßnahme stempeln gehen müssen, wird verschwiegen. Es müssen aber sehr viele sein, denn die Schließung der Handwerksbetriebe in den Warenhäusern Karstadt allein machte 274 Angestellte brotlos. Auch hier wird die Zahl der aufs Pflaster geworfenen Arbeiter nicht mitgeteilt. Die Bankschulden des Konzerns wurden zu 21,9 Millionen RM. in Aktien, zu 10 Millionen RM. in Genussscheinen bezahlt, das heißt für Geld wurde Papier gegeben. Der Name der Banken, die diesen schweren Verlust zu bezahlen haben, wird verschwiegen. Nach dem Zwangsreorganisationsplan erhält der größte Teil der Gläubiger fast keine Zinsen mehr.

So sieht die Wirtschaftspolitik der Nazi aus.

Niedergang der deutschen Porzellanausfuhr

Das Sinken der deutschen Porzellanausfuhr ist aus folgenden Zahlen ersichtlich:

Gesamtausfuhr feinkeramischer Erzeugnisse (in 1000 da)						
Warenbezeichnung	1913	1930	1931	1932	1933	1934*
Gesamtausfuhr	1446	1358	1168	788	821	344
davon:						
Wandbekleidungsplatten	145	494	458	288	353	166
Steingut (einfarbig)	122	155	155	136	131	55
Tafelgeschirr	352	230	163	122	115	40

* Für die ersten 5 Monate Januar/Mai.

Wertmäßige Gesamtausfuhr feinkeramischer Erzeugnisse (in Mill. RM.)						
Warenbezeichnung	1913	1930	1931	1932	1933	1934*
Gesamtausfuhr	86,7	118,7	88,7	52,7	48,2	17,0
davon:						
Wandbekleidungsplatten	4,1	21,4	17,9	9,3	10,1	4,2
Steingut (einfarbig)	5,0	11,0	10,6	7,7	7,1	2,7
Tafelgeschirr	31,9	35,4	24,2	15,8	13,9	4,7

* Für die ersten 5 Monate Januar/Mai.

Das Attentat Bericht eines Alldrucks in Zeitungsausschnitten

Der Ministerpräsident Montezza ermordet

Der Ministerpräsident wurde heute nacht zwei Uhr in seinem Palais ermordet. Der Polizei ist es bereits gelungen, die Attentäter zu verhaften. Sie wurden unter starkem polizeilichem Schutz in das Staatsgefängnis überführt. Die erregte Menge versuchte, die Täter der Volksjustiz zu überantworten.

Die Mörder, zwei fanatisierte Studenten

Sie behauptet wird, scheint hinter den Mordern eine internationale Organisation zu stehen. Die Tat war kaltblütig und sorgfältig vorbereitet. Es ist nur der raschen Arbeit unserer Polizei zu danken, wenn die Mörder noch gefasst werden konnten. Die Attentäter sind ein Chemie- und ein Medizinstudent der Universität unserer Hauptstadt. Daß die beiden Beziehungen zu einer gewissen politischen Partei unterhielten, ist sicher.

Eine zugleich feige und raffinierte Tat

Nach den jetzt bekannt werdenden Einzelheiten kommt ein Totschlag im Affekt nicht in Frage. Die Mordtaten haben den Ministerpräsidenten erst betäubt, ehe sie ihm die Schädeldede zertrümmerten. Für die kaltblütige Robheit der beiden noch jungen Täter zeugt der Umstand, daß sie mit Gummihandschuhen und weißen Mänteln arbeiteten.

Das mahnende Gewissen der Geliebten

Die rasche Entdeckung der grauenhaften Mörder ist, wie unser Berichterstatter erfahren konnte, auf eine anonyme Zuschrift an die Polizei zurückzuführen. Die Polizeidirektion erhielt einen Brief, worin die Befürchtung ausgesprochen wurde, der Präsident könnte diese Nacht ermordet werden. Es wurde rasches Einschreiten der Polizei gefordert. Durch Schriftvergleich ist inzwischen die frühere Stubienkollegin der Mörder als die Briefschreiberin festgestellt worden. Im Verhör gestand sie, daß sie als die Geliebte des Chemiestudenten Einblick in dessen ehrgeizige Pläne hatte. Vom mahnenden Gewissen gepeinigt hätte sie die Tat zu verhindern gesucht.

Ein Anschlag zweier Wahnsinniger

Wie sich bei der Untersuchung durch Sachverständige herausstellte, ist der Schädel des Präsidenten kunstgerecht trepaniert worden. Bei getrennter Vernehmung behauptet nun der eine Mörder, sie hätten mit Einverständnis des Präsidenten eine Verjüngung seines Gehirns vorgenommen. Die Operation sei im gefährlichen Moment durch das Eindringen der Polizei unterbrochen worden. Der zweite der Verhafteten will dabei noch zugeben, daß sie allerdings zugleich diese Anwendung ihrer Erfindung zu einem Gefühnngswechsel des Präsidenten Montezza hätten ausnützen wollen.

Das Gas Lezin 88

Einem unserer Mitarbeiter ist es gelungen, kurz nach dem Verhör die Mörder noch einmal zu sprechen. Er hat von ihnen einige aufsehenerregende Mitteilungen erhalten, die wir mit allem Vorbehalt wiedergeben wollen.

Die Grundlage dieses „sogenannten Attentats“ bildet das Gas Lezin 88. Das Lezin wurde vor nunmehr zwei Jahren von uns entdeckt. Seine Eigenschaften eröffnen phantastische Perspektiven. Lezin konnte phosphorhaltiges, lebendes Ge-

webe, plastisch weich machen. Das Gas 88 ist das Endprodukt einer langen Versuchreihe. Es ist jetzt ohne biologisch schädigende Nachwirkungen. Unter seiner Einwirkung verjüngt sich der spröde und alt gewordene Zellaufbau rasch. Nerven und Gehirn reichern sich hochprozentig mit Lezilin an. Die geistige Elastizität vervielfacht sich.

Wir hatten dem Präsidenten Beweise für die Wirksamkeit unseres Gases erbracht. Er hat sich selbst bereit erklärt, die Operation an sich in aller Stille vornehmen zu lassen. Wir haben allerdings, das müssen wir bekennen, nicht gesagt, daß während der Einwirkung des Gases eine sogenannte „mechanische Suggestion“ möglich wird. Wir konnten dem Patienten zugleich eine neue Willensrichtung in die Hirnwellen diktiert. Das war unsere geheime Absicht.

Die Polizei und der Tod des Präsidenten

In den von der oppositionellen Presse gebrachten Schlagzeilen wird amtlicherseits scharf Stellung genommen. Wenn auch jetzt feststeht, daß der Präsident die beiden Männer zu ungewöhnlicher Nachtzeit empfangen und danach den Sekretären jede weitere Störung streng untersagt hatte, so ist daraus lediglich zu entnehmen, daß Montezza einer Mystifikation zum Opfer gefallen ist.

Wenn sich eine gewisse Presse dazu versteigt, zu behaupten, die Polizei hätte durch Festnahme der beiden Studenten den Präsidenten schlaflos gequält — wenn man weiter andeutet, man wolle lieber einen toten Mann als einen mit geänderter Bestimmung lebenden Montezza — so sind das nichts als infame und leere Beschuldigungen. Wie durch medizinische Sachverständige einwandfrei festgestellt wurde, dürfte der Tod des Präsidenten bereits einige Minuten vor dem Eindringen der Polizei eingetreten sein.

Kaltblütige Behauptungen der Attentäter

Wie die beiden Mörder behauptet hatten, sollten alle Berechnungen und Formeln in einem Tresor ihrer gemeinsamen Wohnung zu finden sein. Bei den Nachforschungen der Polizei stellte sich heraus, daß der Tresor nichts enthielt, als politisch kompromittierendes Material und Pfandscheine. Der mit den beiden länger in häuslicher Gemeinschaft lebenden Studentin ist von solchen Formeln und Verschleisungen überhaupt nichts bekannt. Sie behauptet, daß die Attentäter in erster Linie nicht wissenschaftliche, sondern politische Arbeit geleistet hätten. Deswegen sei es auch zwischen ihnen zum Zerwürfnis gekommen.

Die von den Mördern benutzte Stahlflasche, die angeblich dieses sonderbare Gas enthalten sollte, ist den staatlichen Laboratorien zur Untersuchung überwiesen worden. Dort hat sich herausgestellt, daß die vorhandene Gasmenge zu einer quantitativ exakten Untersuchung nicht ausreichte. Man kann es aber als erwiesen betrachten, daß das Gas diese so phantastisch geschilderten Eigenschaften nicht besessen haben konnte.

Die Mörder auf ihrem Geisteszustand beobachtet

Die beiden Studenten werden in den nächsten Tagen auf längere Zeit zur Beobachtung ihres Geisteszustands in die Landesirrenanstalt eingeliefert werden. Man glaubt an pathologische Veränderungen ihrer Gehirnrinde.

Heute Urteil über die Präsidentenmörder

Nachdem die klinische Untersuchung die beiden Attentäter als normal erweisen ließ und die Verhandlung auch sonst

keine neuen Gesichtspunkte ergab, dürfte das Todesurteil für die Mörder heute mit Sicherheit zu erwarten sein. Das Verfahren gegen die Geliebte des Chemiestudenten wird eingestellt.

Begnadigung zur Zwangsarbeit

Der König hat nun die beiden Mörder zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begnadigt. Sie werden in die Strafkolonie verschickt. In dem Gnadenurlaub wird auch das korrekte Verhalten der Studentin besonders anerkannt.

Auffeinerregende Promotion

Maxton Alcas, deren Namen durch ihr tapferes Verhalten im Mordprozeß Montezza vor einigen Jahren in aller Runde war, konnte als Studentin der Chemie die beste Doktorarbeit des Jahres einliefern. Ihre Arbeit über die Entwicklung der Gase als Angriffsmassen zeigt überraschende neue Gesichtspunkte und eine erstaunliche Sachkenntnis. Der Kriegsminister hat sich die Arbeit bereits vorlegen lassen.

Neue Entdeckung in der Kriegschemie

Eine noch junge Assistentin der staatlichen Laboratorien soll ein Giftgas mit besonders gefährlichen Eigenschaften entdeckt haben. Das Amorphan, wie dieses Gas genannt wurde, nimmt bei höherer Konzentration den organischen Geweben ihre natürliche Elastizität und läßt sie zu formlosen Klumpen zusammensinken.

Das eigenartig grauenhafte an dieser Eigenschaft des Gases ist, daß diese neuen Gebilde weiter lebendig bleiben und dann nur durch ihre Giftigkeit zu Grunde gehen.

Auch schon bei geringer Gassdichte soll der verändernde Einfluß von Amorphan auf die lezinhaltigen Gewebe, wie Gehirn und Rückenmark, katastrophal sein. Wie versichert wird, sinken die Vergaseten in den Weiteszustand von Neugeborenen zurück, sie verkrüppeln.

Verbrecher werden unerschütterlich

Wie mitgeteilt wird, soll das Amorphan, neben seiner eigentlichen Verwendung als Kriegswaffe, auch dazu benutzt werden, den zur Zwangsarbeit deportierten Verbrechern ihre besondere Gefährlichkeit zu nehmen. Unter anderem sind die Mörder des Präsidenten Montezza für das Verfahren in Aussicht genommen. Curt Doberer.

Feuerwehrmanns-Gattin als Brandstifterin

Um ihren Mann zu beschäftigen

Seit mehreren Wochen wurde die Gemeinde Franzbrunn von zahlreichen Bränden heimgesucht. Zuerst waren es nur kleine Schadenfeuer, bald aber nahmen sie große Ausmaße an. Es war offensichtlich, daß hier eine böse Hand im Spiel war. Der Verdacht richtete sich auf die 44jährige Marie Mathon, als genau am Tage nach der Beerdigung ihres Gemahls, eines braven Feuerwehrmannes, ihr eigenes Haus in Flammen aufging. Die Witwe wurde lange verhört und legte schließlich folgendes seltsame Geständnis ab: „Mein Häuschen habe ich angezündet, damit die Resten meines Mannes nichts von der Erbschaft bekommen. Die anderen Wohnstätten habe ich unter Feuer gesetzt, weil mein Mann die ganze Zeit im Cole saß und trank. Wenn Alarm gegeben wurde, mußte er wohl oder übel sein Glas stehen lassen und kam wenigstens nicht betrunken nach Hause!“ Die sonderbare Brandleglerin wurde in das Gefängnis von Corbie eingeliefert und bewohnt jetzt dort ihren Feuerwehrmann.

Unsere Töchter, die Nazinen

Roman von Derronia zur Mühlen. 35

Meine liebe Lieselotte bekam eine Aussteuer, wie es sich für eine künftige Aristokratin schickt. Selbstverständlich müssen wir, was die Einfachheit des Lebens anbelangt, mit gutem Beispiel vorangehen, aber eine junge Frau hat dennoch das Recht auf schöne Wäsche und Kleider. Und daß wir jetzt ein Auto besitzen, sind wir Arthurs Stellung schuldig. Vertritt er doch einen Teil des neuen Deutschland; da darf er sich nicht lumpen lassen.

Das neue Deutschland. Ich kann die Worte immer nur mit tiefer Ergriffenheit ansprechen. Nun erst weiß ich, was mich all die Jahre hindurch bedrückt und geschmerzt hat: Deutschlands Schmach, Deutschlands Erniedrigung. Aber jetzt ist diese Last von uns abgefallen, der innere Feind ist vernichtet, wir sind ein einzig Volk von Brüdern, die Novemberverbrecher werden zur Rechenschaft gezogen. Was sich unter unsere Fahnen schart, ist das wahre Deutschland. Wir haben den verruchten Massenkampf aus der Welt geschafft. Am 1. Mai wird ein herrliches Fest alle vereinen, und an Stelle der roten Fahnen, die ich immer so sehr gehaßt habe, wird über unserer Stadt die Dakentkruzflagge wehen, dieses deutsche aller Symbole.

Wir werden auch die Arbeiter, die zu uns stoßen, als vollwertige Menschen behandeln; freilich nur dann, wenn sie erkennen, wozu sie gehören. Es kommen ja manchmal unter der SA. Ungebürlichkeiten vor. Als die jungen Burken neulich Kommunisten jagten, achteten sie gar nicht darauf, daß auch ich mich auf der Straße befand. Und wenn ich nicht schleunigst in ein Hausstor geflohen wäre, hätte ich etwas mit dem Gummiknüppel abgekrigelt. Ich muß gestehen, daß ich es damals mit der Angst bekam. Es sah aber auch wirklich bedrohlich aus. Etwas zwanzig Burken jagten mit erhobenem Knüppel dem Kommunisten nach, der, feig wie alle Nazisten, wie ein Hase davonsprang. Der ganze Platz vor dem See war erfüllt von lautstarken, schreienden Menschen. Sobald ich mich jedoch in Sicherheit gebracht hatte, sah alles anders aus. Mein Gott, man muß eben Verständnis für die kochende Volkseele aufbringen. Und eigentlich war es ein drolliger Anblick. Der Kommunist entkam leider; aber das war nur die Schuld seiner verruchten Claudia, die sich laut schreiend den wackeren Burken entgegenstellte und etwas von der Würde der Bewegung brüllte. Einen Augenblick mochte sie die Jungens lustig. Und dieser Augenblick

genügte, um dem Nazisten einen Vorprung zu geben. Claudias Geliebter kommandierte die SA-Leute; er lachte laut über die Aufregung der alten Jungfer und schob sie dann, samt aber energisch beiseite, so daß sie gegen eine Hausmauer taumelte. Ich machte mir nachher Gedanken über den Vorfall. Wie kam Claudia dazu, der Gerechtigkeit in den Arm zu fallen? War es möglich, daß diese mannstolle Person auch mit dem Kommunisten etwas hatte? Die Salbers sind katholisch, und man kennt ja die Unmoral dieser jesuitisch verfeuchten Menschen. So hat zum Beispiel in einer Nachbarstadt ein Pfarrer gewagt, von der Kanzel unseren herrlichen Führer zu beschimpfen. Ein alter Mann, der es wirklich besser wissen müßte. Aber natürlich, diese internationalen Gesellen, die sich von einem Fremden vorschreiben lassen, wie sie tun sollen, die in Sünde mit ihrer Brandstifterin leben, die fast ebenso undeutlich sind wie die Juden... Der Alte sitzt heute im Konzentrationslager, und es geschieht ihm ganz recht. Weßhalb folgt er nicht dem Beispiel des braven Herrn von Papen, der sich in allem unserem Führer unterwirft? Freilich ist der Alte ein Bauernsohn, der nichts von Kultur und Verfeinerung versteht, ein Bayer, die ja immer so gemein sind, und Herr von Papen gehört einem adligen Geschlecht an und hat sich schon während des Weltkrieges in Amerika durch seine Klugheit ausgezeichnet. Er beargwöhnt, als Deutscher und Edelmann, daß man nicht der Hure Babylon dienen darf. Wenn gleich es ihm schwer fallen muß, hat er doch nicht Luthers leuchtendes Vorbild vor sich. Wenn ich bedenke, wie unser Luther mit den aufrührerischen Bauern fertig wurde, mit den Menschen, die das heilige Evangelium lästern und sich zu Herren machen wollten. Ich danke Gott alle Tage meines Lebens, daß ich im evangelischen Glauben aufgewachsen bin. Dieser verderbte junge Leutnant von den Kaiserjägern, der meiner Tugend als deutscher Frau und Mutter fallen stellen wollte, was ihm selbstverständlich nicht gelungen ist, war ja auch ein Katholik. Es ist eigentlich schrecklich, wenn man überlegt, welchen Gefahren eine reine Frau von seiten der Juden und der Katholiken ausgesetzt ist. Aber Deutsch sein heißt, eine Sache um ihrer selbst willen tun; und was schaut schon bei so etwas heraus, außer Unannehmlichkeiten und Gefahren?

Ich bin ja so froh, daß meine liebe Lieselotte in allen Ehren den Brautkleider wird tragen dürfen, wie es ihre Mutter vor ihr getan hat. Die Hochzeit soll mit allem Prunk gefeiert werden. Ich habe auch die Frau Major dazu eingeladen; wenn ich bedenke, wie großartig sie immer mir gegenüber getan hat, so wundere ich mich fast über meine

Langmut. Sie hat auch voller Freude zugehört. Ich hätte ja gerne auch ihre Mutter, die Frau Generalin, dabei gehabt; eine Generalin, die eine geborene Freitau ist, macht sich immer gut. Aber die arme alte Dame ist wirklich, wie ich schon lange vermutete, nicht mehr recht im Kopf; sie hat mit fast unhöflichen Worten die Einladung ausgeschlagen.

Übrigens wäre um ein Haar nichts aus der Hochzeit geworden. Arthur, mein geliebter Mann, ist wirklich ein Fanatiker. Er scheut nicht einmal davor zurück, das Glück seines einzigen Kindes zu zerstören, wenn es sich um das Wohl der Bewegung handelt. So hat er in alten Papieren entdeckt, daß Eberhards Urgroßvater mütterlicherseits ein getaufter Jude war. Als er es mir mitteilte, war mir zumute, als versinke unter meinen Füßen der Boden. Eberhard, dieser herrliche urgermanische blonde Jüngling! Daß so etwas beim Stabshelm vorkommen kann, ist ja begreiflich, aber bei uns! Ich war verzweifelt, denn schließlich ist Lieselotte an die Freiheit und früher... Jedenfalls würde sich nicht so bald eine ebensolange Partie für sie finden. Wir hielten einen Familientrat ab. Eberhard wurde gewissenhaft vor unser Familiengericht gerufen. Dann jedoch löste sich alles in eitel Freude auf. Mein künftiger Schwiegersohn, der Baron Hellendorf, erklärte feierlich, es gäbe im Familienarchiv Briefe, die eindeutig bewiesen, daß in seinen Adern kein Tropfen fremdstämmigen Blutes fließe. Seine Ururgroßmutter habe mit einem Freiherrn Elz von Rübarn ein Verhältnis gehabt und das Kind, das einzige, das sie geboren hatte, sei die Frucht dieser Liebe gewesen. Mir fiel ein Stein vom Herzen, da er dies erklärte. Und ich empfand tiefes Mitleid mit der armen Frau, die aus finanziellen Gründen zu der Ehe mit dem fremdstämmigen gezwungen, den Mut befehlen hatte, das adeliche Blut der Familie durch einen Ehebruch zu retten. Ich fühlte auch Bewunderung für ihren Heldennut: denn eigentlich ist Ehebruch eine schwere Sünde. In diesem Fall jedoch war es eine Tat, die nur Lob und Anerkennung verdient. Eberhard war dermaßen über unsere Nachsicht gerührt, daß er alles daran setzte, um Arthurs Wirkungskreis zu vergrößern, was ihm auch gelungen ist. Und ich darf mich ohne Nebengedanken auf die Kinderchen freuen, die meine Lieselotte ihrem lieben Mann schenken wird. Freilich behauptet sie jetzt noch, wie das so viele junge Mädchen aus Schamhaftigkeit tun, daß sie keine Kinder haben wolle, aber ihr Vater hat schon erklärt, daß ginge nicht an: die deutsche Frau müsse vor allem Mutter sein, und jetzt gebe es keine milden Urteile mehr für jene pflichtvergessenen Weiber, die sich dieser heiligen Pflicht entziehen wollen.

(Fortsetzung folgt)

Oesterreich: 25. Juli

Die Chronik des blutigen Tages

Als Soldaten und Polizisten . . .

Die Darstellung der Minister Fey und Schuschnigg

Wien, 25. Juli.

Um 10 abends hielten der Minister Fey und der Minister Schuschnigg durch das Radio Ansprachen an die österreichische Bevölkerung. Minister Fey, der im Bundeskanzleramt mit eingeschlossen gewesen war, ließ in seiner Darstellung noch deutlich die Erregung und Verwirrung erkennen, die er an diesem Nachmittage durchlebt hatte.

Schuschnigg hatte sich den Tag über in Freiheit befunden. Aus den Reden der beiden Minister ist folgende Darstellung der Vorgänge dieses Nachmittags zu entnehmen:

Gegen 1 Uhr fuhr vor dem Seidenhaus in der Johannisstraße in Wien Autos mit uniformierten Bewaffneten vor. Sie stürzten in den Sendesaal und zwangen den Sprecher mit vorgehaltenem Revolver, die Meldung durchzugeben, daß die Regierung Dollfuß zurückgetreten sei. Der österreichische Gesandte in Rom, Dr. Hintelen, sei vom Bundespräsidenten mit der Neubildung der Regierung beauftragt worden. Diese Meldung war ein aufgelegter Schwindel. Der Bundespräsident befindet sich auf Urlaub fern von Wien und wußte von diesen Vorgängen nichts.

Darauf drangen 144 Bewaffnete in Uniform des Bundesheeres und der Polizei unter Befehl eines Mannes in Majoruniform in das Bundeskanzleramt am Ballhausgasse ein.

Das war dadurch möglich, daß die Eindringlinge sich in Heeresuniform befanden und deswegen ohne weiteres Einlaß erhielten. Sie legten die im Saal befindlichen Minister, darunter den Bundeskanzler Dollfuß und Fey fest. Der Bundeskanzler wurde von Bewaffneten in ein besonderes Zimmer gebracht. Nach einer Zeit wurde Fey gelockt, der Bundeskanzler wollte ihn sprechen. Fey fand den Bundeskanzler auf einem Divan liegend schwer verletzt. Der Bundeskanzler hat den Minister Fey, für seine Familie zu sorgen, falls ihm etwas Menschliches zustößen sollte. Inzwischen hatte Minister Schuschnigg den Bundespräsidenten über den Aufstandsversuch telefonisch informiert und telefonisch vom Bundespräsidenten, der zugleich Befehlshaber des Heeres ist, alle notwendigen Vollmachten erhalten.

Es wurden Truppen, Polizei, Heimwehren, Sturmtruppen, Turner mobilisiert und leisteten, wie der Minister Schuschnigg sagte, der Aufforderung sofort Folge. Die Regierung sei in diesen Minuten der Lage gewesen.

Um im Bundeskanzleramt die Minister und die eingeschlossenen Beamten nicht der Gefahr auszuliefern, ermordet zu werden, wurde den Reuterern der freie Abzug angeboten, wenn sich unter den im Bundeskanzleramt Gefangenen keine Todesopfer befänden. Die Reuterer, deren Anführer in Majoruniform ein früherer Geleiter des Bundesheeres war, nahmen das Angebot an und verlangten, an die deutsche Grenze gebracht zu werden. Inzwischen erhielt die Regierung die Nachricht, daß der Bundeskanzler von den Reuterern ermordet worden ist.

Die Reuterer haben sich an den deutschen Gesandten in Wien mit der Bitte um die Vermittlung gewandt. Als aber der deutsche Gesandte sich auf dem Ballhausplatz einfand, um mit der Regierung zu verhandeln, war der Bundeskanzler schon tot.

Minister Schuschnigg rief die Welt zum Zeugen dafür auf, daß die österreichische Regierung alles getan habe, um das lurcheilbare Verbrechen dieses Tages zu verhindern. Er rief ferner das österreichische Volk auf, dem Vermächtnis Dollfuß' und Deutsch-Oesterreich die Treue zu halten.

Nach einer weiteren Meldung ist in Oesterreich das Standrecht verhängt worden. So stellt der Deutsche Nachrichtendienst die österreichischen Vorgänge dar:

Tod im Belsen der Mörder

Wie Dollfuß starb

Über die letzten Stunden des Bundeskanzlers Dollfuß gab der österreichische Propagandaminister Adam in späteren Nachstunden am Rundfunk folgende Schilderung:

Auf dem Wege zu den Räumen des Präsidenten liegt ein Kongresssaal. Dieser hat auch einen unmittelbaren Ausgang auf den Korridor. Als der Kanzler den Saal erreicht hatte, drang eine Gruppe von 10 bis 12 Mann ein. Der entmenschte Anführer stürzte mit erhobener Pistole auf den Kanzler zu und gab zwei Schüsse auf ihn ab. Der eine traf ihn in den Hals, der andere unter die Schulter. Der Kanzler hob beide Hände vor das Gesicht, drehte sich um und fiel. Er rief noch zweimal Hilfe, Hilfe! Dann verfiel er. Die Fußschützen stellten einen Divan an die Wand. Der sterbende Kanzler blieb mit seinen Mördern allein. Staatskommissar Bey wurde durch einen Fußschützen zum Kanzler geführt. Dieser lag auf dem Divan, hatte über den Kopf ein Tuch gestreut und am Hals einen Klotzverband, der durchblutet war. Mit schwacher, jedoch fester Stimme bat Dr. Dollfuß Fey, er möge sich seiner Frau und seiner Kinder annehmen. Nicht dringend bat er, es möge seinerwegen kein Blut vergossen werden. Eine weitere Ansprache zwischen dem Kanzler und dem Minister duldeten die Terroristen nicht.

Wir wissen nicht, um welche Stunde der Kanzler seine Seele ausgehaucht hat. Aber wir wissen, daß ihm die ärztliche Hilfe verweigert wurde und ebenso der priesterliche Beistand. Wie einer der Fußschützen erzählte, soll der Kanzler nach einem Priester verlangt haben. Geholt wurde keiner. So ist Bundeskanzler Dollfuß einsam gestorben. Seinen letzten Seufzer hörten seine Peiniger.

Die Ereignisse des heutigen Tages kann man nicht als Revolte größerer Stills bezeichnen. Wohl war es eine sehr wohlüberlegte und planmäßige Aktion von Verbrechern. Sie hatten es vor allem auf zwei Objekte abgesehen: auf den Manns-Sender und das Bundeskanzleramt. Die ganze Revolte hätte keine zwei Stunden gedauert, wenn nicht auf so viele Menschenleben hätte Rücksicht genommen werden müssen.

Das Standrecht

Im Einvernehmen mit der Regierung hat der Polizeipräsident um 22 Uhr abends

das Standrecht für die Gebiete der Bundeshauptstadt Wien erklärt.

Ab morgen, 26. Juli, sind von 20 Uhr ab alle Gaststätten zu schließen, ebenso müssen um diese Zeit alle Gaststätten geräumt und geschlossen sein. Wer irgendwie in Verbindung mit Aufrührern oder aufrührerischen Bewegungen getroffen wird, hat die schwersten Strafen des Standgerichts zu erwarten. Alle Ansammlungen und Zusammenrottungen sind verboten.

Anklage gegen die To'en

Dollfuß' „unbegreiflicher Langmut“

Die „Völkische Nationalzeitung“ schreibt:

Welchen Umfang die Wiener Unruhen haben und welchen sie noch annehmen werden, weiß man im Augenblick nicht. Aber eines wissen wir: Viele Monate gehen nun diese Terrorakte vor sich. Die Beweise, daß sie von nationalsozialistischer Seite angezettelt, organisiert und durchgeführt werden, sind erdrückend und sogar durch die Vorhänge der Schmutzläufe im neutralen Ausland erbracht. In ungezählten Fällen waren die Täter Nationalsozialisten. Unter den in diesen Tagen verhafteten Terroristen ist ein ehemaliger sozialistischer Schutzbündler, und ihn hat als ersten die Todesstrafe getroffen. Kein Wort ist über die Notwendigkeit dieser harten Gesetze zu verlieren; denn anders konnte sich die österreichische Regierung nicht mehr helfen. Aber wie lange wird sie sich überhaupt noch helfen können? Sie hat in den verhängnisvollen Hebruatagen dieses Jahres ein innenpolitisches, von Offizieren angeführtes Kriegsspiel inszeniert, indem sie den Austro-Marxismus zum Kampfe herausforderte, um ihn niederzuschlagen und beide Hände freizubekommen gegen den Nationalsozialismus. Dr. Dollfuß hat damit die beiden feindlichen Fronten, den marxistischen und den nationalsozialistischen, zusammengebracht und die Dossition gegen sich verstärkt.

Auf diesem dunklen Wege ging die österreichische Regierung in unbegreiflicher Kurzsichtigkeit einen weiteren Schritt. Sie brachte dem Denker als erstes Opfer ihrer gegen den nationalsozialistischen Terror gerichteten Gewalt einen Sozialisten. Zwar sieht die Justiz, die mit einer Bindse vor den Augen darstellt, daß der Täter nicht. Hier aber scheint sie auf dem linken Auge zu schielen, denn sonst hätte sie lobend die zugriff, nicht ausgerechnet zuerst einen Sozialisten gepakt, nachdem sie die anderen in unbegreiflicher Langmut laufen ließ.

Josef Gerl

Allgemeine Empörung — weit über Oesterreich hinaus

Wien, 25. Juli. (Anrecht) Die Hinrichtung des jungen Sozialisten Josef Gerl hat in Oesterreich eine ungeheure Erregung hervorgerufen. Allgemein ist die Auffassung, daß die Diktatorien in Oesterreich würdige Schüler gefunden haben. Die beiden Angeklagten Gerl und Anzob, die

Geht das Rasen weiter?

Aus drei von einander unabhängigen Quellen gehen und Nachrichten über eine geplante Aktion der deutschen Besatzer an, die, wenn sie zutreffen, auf die ganze Welt alarmierend wirken müssen.

Um bei der P.A. die Erinnerung an den 30. Juni in den Hintergrund treten zu lassen, ist ein neuer großer Skandal gegen die gesamte Rasse beabsichtigt. Dabei wird kein Unterschied zwischen illegal Tätigen und anderen gemacht. Es sollen zahlreiche Persönlichkeiten, die seit langem beobachtet werden, verhaftet werden. In Betracht kommen vor allem solche Personen, die aus ihrer ehemaligen Zugehörigkeit zu sozialdemokratischen, kommunistischen oder sozialistischen Organisationen bekannt sind. Doch scheint auch an Angehörige des ehemaligen bürgerlich-demokratischen Lagers gedacht zu werden. Für das Schicksal dieser neuen Opfer muß man ebenso wie für zahlreiche Insassen der Konzentrationslager leider das Schlimmste befürchten. Es ist offenbar eine „Bartholomäusnacht“ — das Wort kommt in allen drei oben angegebenen Meldungen vor — geplant, die mindestens ein Gegenstück zu den Morden des 30. Juni bilden, sie in den Ausmaßen aber wahrscheinlich noch übertreffen würde.

Zur Begründung soll durch sogenannte „Dokumente“ der Nachweis erbracht werden, daß die Verhafteten im Zusammenhang mit dem sogenannten „Komplot“ des 30. Juni gehandelt hätten, dessen „bolschewistischer“ Charakter dadurch glaubhaft gemacht werden soll.

Die Ermordung Klauseners

Authentischer Bericht des „Osservatore Romano“

Rom, 25. Juli. Der „Osservatore Romano“ veröffentlicht folgende authentische Angaben über den Tod des Präsidenten der Katholischen Aktion in Berlin, Dr. Klausener. Ein Beamter der Geheimen Staatspolizei und ein höherer SS-Mann sprachen in Begleitung zweier mit Gewehren bewaffneter Polizisten im Verkehrsministerium vor und verlangten Dr. Klausener zu sprechen. Die beiden Polizisten nahmen vor der Tür seines Büros Aufstellung, während der Geheimpolizist und der SS-Mann eintraten. Kurz darauf fiel ein Pistolenschuß. Die beiden nationalsozialistischen Funktionäre verließen alsdann den Raum und belachten den Polizisten, niemand hereinzulassen. Einigen Beamten erklärten sie, Klausener hätte Selbstmord verübt, um sich seiner Verhaftung zu entziehen. Als sie erlucht wurden, sich zum Minister zu begeben, erklärten sie: Wir haben keine Zeit! Der Junge zum Büro Klauseners wurde ledern verwehrt, so daß weder die Witwe, noch der Sohn, noch die Freunde und Kollegen Klauseners die Leiche sahen. Frau Klausener behauptet entschieden, daß ihr Mann keine

beide zum Tode verurteilt wurden und von denen Anzob zu lebenslänglichem Zuchthaus „beurlaubt“ wurde, erschienen vor Gericht mit sichtbaren Spuren schwerster Mißhandlungen; Gesicht und Hände waren mit blauen Flecken überfärbt; Anzob trug einen Kopfverband und erklärte, daß sie beide solange geschlagen worden seien, bis sie das Bewußtsein verloren. Die Polizisten hätten versucht, ihnen Geständnisse zu erpressen. Als Gerl, der nur mit Mühe die veranlassenen Augen öffnen konnte, sagte: Wer unter der gegenwärtigen Regierung versucht, politische Kräfte offen zu diskutieren, wird mit Gummistöcken geschlagen,“ erwiderte der Richter: Das ist gut so. Mit 20 Jahren haben Sie sich nicht in die Politik einzumischen.“ Gerl wurde bereits vor einigen Monaten zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, weil er eine tätliche Auseinandersetzung mit einem Nationalsozialisten gehabt hatte.

„Besorgniserregend“

Eindruck der österreichischen Ereignisse in England

DNB, London, 26. Juli. Die aufregenden Ereignisse in Oesterreich und der läche Tod des Bundeskanzlers Dollfuß haben die englische Öffentlichkeit aufs höchste erregt. Sie bildeten Mittwoch nachmittag und abends drei ausschließlichen Gesprächsstoff aller an politischen und internationalen Vorgängen interessierten Personen. Die meisten heutigen Morgenblätter widmen den Wiener Meldungen mehr als eine volle Seite ihrer Ausgabe, d. h. über sieben Druckseiten. In parlamentarischen Kreisen wird erklärt, die Arbeiteropposition im Unterhaus werde sich bestimmt der für Dienstag vorgelagerten Verlesung des Parlamentes widersetzen, falls die Lage besorgniserregend bleibe. Bei Beginn der Sitzung werden am Donnerstag die Minister gelegentlich der kleinen Anfragen um Auskunft über die österreichische Lage erlucht werden.

„Giornale d'Italia“ schreibt, daß über Deutschlands Verantwortlichkeit für die Terrorhandlungen gar kein Zweifel bestehen könne. Gewisse politische Kreise wolle in dieser Beziehung des offiziellen Mattes die Ankündigung eines amtlichen italienischen Schrittes in Berlin sehen. Doch scheint es nicht, als ob ein solcher Schritt im Augenblick schon geplant sei. Er wäre auch für Italien allein sehr schwierig, da Italien seinerzeit gemeinsam mit Frankreich und England die Erklärung über die Unabhängigkeit Oesterreichs der Berliner Regierung zugeworfen hat und nun nicht ruht, ohne seine Partner eine eigene Aktion unternehmen zu lassen.

Der „Figaro“ nimmt zu den Vorgängen in Oesterreich in besonders entschiedener Weise Stellung und stellt die Verantwortlichkeit Deutschlands fest. „Journal“ fordert eine sofortige Intervention zur Rettung der Unabhängigkeit Oesterreichs. Das Blatt fordert Italien unverblümt auf, in Innsbruck einzugreifen. „Leitner“ ist in einem Gegenstand dazu der Meinung, daß zunächst noch keine Intervention in Frage kommen könne. Der „Völkische“ wolle die Entwicklung aufmerksam beobachten und im gegebenen Augenblick allerdings entschieden handeln.

Waffe beschaff und sich in den letzten Tagen auch keine angeschafft habe. Fünf Stunden nach dem Tode Klauseners erschienen im Verkehrsministerium Leute, die den Klotz hatten, die Leiche wegzuschaffen. Klausener lag am Boden, das Gesicht nach unten. Sein Gut lag zwischen den Beinen und neben ihm befand sich eine Pistole. Die Leiche wurde in einem Polizeiauto nach dem vollzweihundertachtzigsten Institut gebracht und sodann kremiert. Vermutlich glaubt man, daß die Person, welche die Leiche, den Gut und die Pistole gehoben hatte, auch die tödliche Wunde bemerkt habe, und deshalb wollte man durch die Verbrennung der Leiche jede Spur der Mordtat auslöschen. Klausener war durch einen Schub in den Nacken getötet worden.

Was alles möglich ist

Der Führerfimmel im „dritten Reich“

Die Führung des Gebietes 16. Zehn, der Hitler-Jugend hat über die Hebung von Hitlerjugend und Deutsches Jungvolk-Aktivern eine Anordnung erlassen, in der es u. a. heißt: Wenn der Gebietsführer Veranstaltungen der Hitler-Jugend oder des Deutschen Jungvolkes besucht, so wird er oft eigenartig begrüßt, zum Teil noch mit schwüßigen Ansprachen a la Rieger vor ein 1913, zum Teil mit Kanzelreden usw. Es soll daher von jetzt ab folgenden: SS- und DJ-Führer, außer dem Reichsjugendführer, werden nie mit einem dreifachen Sieg-Heil! begrüßt. Geldeut zu Veranstaltungen der DJ, oder des DJ, ein höherer DJ-Führer, so wird diesem ordnungsgemäß gemeldet, und er wird dann die Mannschaft mit „Heil Kameraden“ begrüßen und die Mannschaft mit „Heil Hitler“ antworten. Sind bei einer Veranstaltung der DJ, oder des DJ, in einem Saal oder Vereinszimmer alte Parteigenossen, Eltern usw. anwesend, und es erwidert ein höherer DJ- oder DJ-Führer, dann geht es einfach nicht an, daß der dortige DJ- oder DJ-Führer in den Saal hinein „Achtung“ brüllt, so daß sämtliche Anwesende, unter denen sich womöglich auch Vertreter von 1870 befinden, wie elektrisiert von ihren Plätzen hochfahren. Bei diesen Veranstaltungen stehen lediglich die anwesenden DJ- oder DJ-Formationen still und der diensthobende Führer erhebt am Eingange des Saales Meldung. Am Anwesenheit mit Begrüßungsformen und Meldungen muß noch erwähnt werden, daß es an Großveranstaltungen, wenn ein Schaar- oder Jungvolksführer oder auch ein Gebietsführer oder Führer nach einem kleinen Sonntagsdienst sein Grüppchen an sich vorbeiziehen läßt und als „großer Führer“ den Vorbeimarsch abnimmt.“

Werbt für die „Deutsche Freiheit“!

Die Rechte retiriert

Tardieu Mißerfolg und faschistischer Rückschlag

A. Sch. Als Tardieu vor dem Untersuchungsausschuß der Kammer seine Rede gegen Chauteemps hielt, hat er dadurch zweifellos eine politische Aktion großen Stils geplant. Die Radikale Partei sollte durch diesen Angriff getroffen werden, die Regierung der „Nationalen Einheit“ sollte einer angesprochenen Rechtsorientierung den Platz räumen. Der Schuß ist nach hinten gegangen. Tardieu's Vorstoß, der einen großangelegten Angriff der Rechten einleitete, hat plötzlich entfällt, daß die französische Rechte in einer Verteidigungsstellung kämpft. Innerhalb der Regierung blieb Tardieu beinahe isoliert, die große bürgerliche Presse wandte sich von ihm ab. Als infolge seines Vorstoßes die Staatsorgane in Erwartung einer Regierungskrise fielen, machten die Rechtskreise ein vergrämtes Gesicht und verließen ihm die Unterstützung. Die Stellung der Radikalen in der Regierung ist nach dem Suizid Tardieu's gestärkt worden.

Tardieu's Rückzug bedeutet mehr als sein persönliches Pech. Er signalisiert, daß die große Offensive der Rechten, in deren Zeichen Frankreich Anfang 1934 stand, die das Land beinahe überschwemmte, am Ende ist. Sowohl die reaktionäre Rechte als auch der Faschismus haben das Tempo verloren. Die Hochzeit ist für beide vorbei. Wenn Tardieu's eigene Gefolgschaft ihm den Rückzug empfiehlt, so bedeutet das, daß die französische Rechte Angst vor den gewaltigen Unkosten einer echten Gegenrevolution gekriegt hat. In einem gewissen Sinne kann man wohl sagen, daß die Faschisierung der bürgerlichen Rechten zum Teil aufgehört hat. Das Spiel Tardieu's und mit ihm sämtlicher politischen Scharmacher der Rechten ist wohl durch Hitler gründlich verdrängt worden. Der 30. Juni hat das französische Bürgertum mit Ekel, aber auch mit Unruhe um die eigene politische Zukunft erfüllt. Der Faschismus hört auf, eine Modeerscheinung zu sein, selbst dort, wo er noch vor kurzem gepriesen wurde. Der talentierteste und temperamentvollste Publizist der französischen Rechten, de Kerillis vom „Echo de Paris“, hat noch dem 30. Juni plöblich entdeckt, daß die Demokratie die alleinige menschenwürdige Form der Regierung ist. Hitler hat in Frankreich den Faschismus unpopulär gemacht. Gewiß würde der 30. Juni sich für die französische Innenpolitik nicht so stark auswirken können, wenn er mit der Grundtendenz der innenpolitischen Entwicklung Frankreichs in der letzten Zeit nicht zusammenfallen würde: nämlich damit, daß die Offensive der Rechten sich totgelassen hat. Seit einigen Monaten wird von der Rechten die Auflösung der Kammer nicht mehr verlangt. Gleichzeitig verstimmt die Forderung der Rechten nach der Verfassungsrevision, man spricht nur sehr vorsichtig von einer produktiven Staatsreform. Nach der Rede Tardieu's schrieb der „Matin“, das Blatt des Pariser reaktionären Kleinbürgertums: „Zunächst Wirtschaft, erst dann

Politik“. Das war eine offene Desavouierung Tardieu's. Der französische Kleinbürger will keine heroische Pleite, er will keinen heldenhaften Trümmerhaufen, er mahnt zur Vorsicht. Jetzt aber verlangt die Linke die Auflösung der Kammer und legt dabei ihr Auge auf den 30. Juni, den sie noch im Februar erhoben hat, eine besondere Bedeutung.

Nicht weniger bemerkenswert ist auch der Rückschlag des „reinen Faschismus“. Bereits die Doumergue-Lösung der politischen Krise, hat seinerzeit den französischen Faschismus stark gebremst. Doumergues väterlich-reaktionärer Kurs hat den französischen Faschismus gewissermaßen in Watte gelegt. Das ungestüme Vordringen des französischen Faschismus ist durch jene Schicht des traditionellen und vornehmen Bürgertums, das durch die konservativ-demokratische Schule der dritten Republik gegangen ist, gebremst und der proletarische Widerstand hat es zurückgeworfen. Dann kam der 30. Juni und mit einem Mal ist es still geworden um den französischen Faschismus! Wenn in England der nicht unbegabte Oswald Mosley auf dem Zuge steht, zum nationalen Karren erklärt zu werden, so war nach dem 30. Juni auch die Situation der viel weniger talentierten Führer des französischen Faschismus keinesfalls beneidenswert. Als der Rückzug nicht mehr zu verbergen war, erwiderte er sich, daß der französische Faschismus durch Hitler eben in jenem Augenblick kompromittiert wurde, als die faschistische Bewegung in Frankreich noch nicht fest auf eigenen Füßen stand. Der französische Faschismus ist ja gar noch nicht eine echte Massenbewegung und ebensowenig ist es ihm gelungen, zur selbständigen politischen Partei zu werden. Ihm fehlt die Reichweite der politischen Partei, die Erfassung der Wähler, der eigene Machtwillen. Er bleibt zu sehr ein Hilfstrupp des reaktionären Bürgertums, ohne den Willen zur Alleinherrschaft. Er stärkte nicht nur dem reaktionären Bürgertum, sondern besaß sich in seinem Schlepptau. Andererseits hat das Fehlen von wichtigen Mittelstandsschichten, vor allem des Bauerntums und der Beamtenschaft, seine Schlagkraft und Ausdehnungsfähigkeit geschwächt.

Aber der Angriff der Rechten ist nicht von sich aus zum Stillstand gebracht worden. Es ist kein Zufall, daß dieser Rückschlag eben im Juli offenbart wurde. Der proletarische Widerstand setzte bereits im Februar ein, aber im Juli stand das Bürgertum vor der gefährlichen Perspektive der vereinigten Abwehr des Proletariats. Bereits die Andeutung der proletarischen Einheit hat ihre Wirkung ausgeübt. Die Suggestivkraft der gemeinsam marschierenden Arbeiterklasse hat den Schwung der Tardieu-Offensive gelähmt, die Positionen der französischen Demokratie verstärkt, die Perspektiven des proletarischen Kampfes verbessert.

... Und Deutschland lacht dazu

Mit einer Träne im Auge

Paris, 25. Juli. Der Züricher Korrespondent des „Paris-Soir“ erzählt, wie das von Göring ausgesprochene Verbot, Hitlers Bistatuen vom 30. Juli zu kritisieren, in Deutschland wirke. „Die große Scham“, die bei den Deutschen sonst keine Seltenheit gewesen sei, sei jetzt geschloffen. Man dürfe sie nur noch aufmachen, um den neuen Kaiser mit den Worten zu begrüßen: „Heil Hitler!“ Aber der Deutsche wolle doch nun einmal etwas zu modern haben, und da helfe man sich mit dem Wig. Der sei die letzte Hilfe der Opposition. Und nun zählt das Blatt einige dieser Wigge auf:

Hitler, Göring, Goebbels beraten mit einander, was sie tun sollten, wenn eine Gegenrevolution das Regime stürze. „Das ist doch ganz einfach“, sagt Göring, „ich würde schleunigst davonfliehen.“ „Ich werde noch besser daran sein“, bemerkt Goebbels, „man wird mich in Ruhe lassen. Ich lebe ja so jüdisch aus.“ „Und ich“, meint Hitler, „ich bin noch ruhiger: Ich bin ja Ausländer!“

Nach seinem Tode kommt Hitler natürlich ins Paradies. Aber wie auf Erden, so will er auch im Himmel alles reformieren. Petrus ist damit einverstanden und beauftragt ihn, eine neue Verfassung für den Himmel zu schaffen. Der Führer erledigt im Handumdrehen diese Aufgabe. Petrus macht nur einen einzigen Einwand gegen die neue Verfassung: Es wird doch selbst für den alten deutschen Gott nicht leicht sein, den Bischofskanzlerposten anzunehmen, den bisher Herr von Papen innegehabt hat.

Die „Deutsche Freiheit“

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

muß man regelmäßig lesen

Bestellschein

Ich ersuche um regelmäßige Zusendung der „Deutschen Freiheit“

Name:

Strasse:

Ort:

....., den

Unterschrift

Verlag der „Deutschen Freiheit“

Saarbrücken 3 • Schützenstraße 5 • Postschloßbach 776

einbüßern: seiner (und der anderen Toten) durch Handlungen zu gedenken. Das allein ist die Aufgabe.“

„Mühlan“, sagte Henri Barbusse in einem Schreiben an den SDS, „ist — bis heute — das letzte Opfer, der letzte Märtyrer seiner Überzeugung. Der Faschismus macht die größte Anstrengung, um, koste es, was es wolle, sein lautes Regime durch neue Verbrechen aufrecht zu erhalten. Aber er trifft sich selbst, er verliert sich selbst in dem Wahnsinn seines Blutrausches.“

Weitere Proteste gegen Hitlers Mordsystem waren von der Deutschen Liga für Menschenrechte, Sektion Paris, dem französischen Schriftsteller Aragon und dem Bund polnischer proletarischer Schriftsteller eingegangen. So auch teilte mit, daß Mühlan am Abend des 27. Februar bereits eine Radifahrt nach Prag in seiner Tasche hatte, um am nächsten Morgen Berlin zu verlassen. In dieser Nacht wurde er verhaftet. Anna Seabers und Gaon Erwin Risch riefen dazu auf, das Vermächtnis des heroischen Lebens Erich Mühsams durch den Kampf um die Lebenden, um Döckler, Reun, Thälmann, Torgler und alle Eingekerkerten — durch den ununterbrochenen Kampf gegen den Faschismus lebendig zu erhalten. Risch erwähnte in diesem Zusammenhang Stefan Zweig, der es abgelehnt habe, seine Stimme für die Befreiung Thälmanns zu erheben. Als er weiter davon sprach, daß nach den Verichten von Frau Mühlan die unmenschlichen Folterungen des erst Ermordeten durch beantragte russische Weisgardisten verübt worden sind, wurde eine Störung der Rundgebung versucht von Elementen, die der russischen Emigration angehören.

Das Neueste

Nach einer Times-Meldung aus Tokio hat Außenminister Hirota dem Sowjetbotschafter in der Frage der Uebernahme der chinesischen Ostbahn durch den Staat Mandschuans ein endgültiges entgegenkommendes Angebot gemacht. Es wird mit einer baldigen günstigen Antwort aus Moskau gerechnet. Falls die Sowjetregierung eine ablehnende Haltung zeigt, werden die Verhandlungen sofort abgebrochen werden. Ueber den vorgeschlagenen Kaufpreis ist bisher nichts bekannt geworden.

Wie der Schlichtungsausschuß mitteilt, haben die 50.000 Arbeiter in San Francisco mit überwältigender Mehrheit für eine schiedsrichterliche Entscheidung ihres Streites mit den Arbeitgeberern gestimmt.

Nach einer Mitteilung der estländischen Telegraphenagentur ist bei den am Mittwoch abgeschlossenen Besprechungen zwischen dem polnischen Außenminister Beck und dem estländischen Außenminister Seljamaa völlige Uebereinstimmung erzielt worden.

Der bekannte Zeitungsbereitschafter und Parfümfabrikant Gotsch ist am Mittwochabend gestorben.

Die Gesamtzahl der Hitzewelle in den Vereinigten Staaten beträgt jetzt 1012. In Missouri allein haben 291 Personen, in Illinois 254 und in Ohio 114 Personen.

BRIEFKASTEN

Am mehrere in Saarbrücken. Sie erinnern sich des Treuetelegramms, das der Parteiführer Adolf Hitler im Jahre 1932 an seine Vg. und lieben Kameraden in Völkern geschickt hat, als diese für das Abschließen eines Kommunizats zum Tode verurteilt wurden, und Sie fragen uns, ob nicht auch der Vg. Baumgärtner für sein Mitentwurf auf den Volkstümlichen Wächter ein Solidaritätstelegramm des „Führers“ zu erwarten habe. Wir glauben das nicht, da es kein erfolgreicher Wörder ist. Er hat jämmerlich verlangt und ist so kümmerlich hinter den großen Vorbildern des 30. Juni und des 1. Juli zurückgeblieben, daß die „deutsche Front“ mit vollem Recht sich seiner schämt und erregt dagegen protestiert, daß ein so schlechter Schütz sich in ihre Reihen einschleichen konnte. Der „Führer“ und deutsche Reichsführer hätte nie die weltgeschichtlichen Großtaten des 30. Juni und des 1. Juli zur Weitung des Vaterlandes und zum Beitritt des deutschen Volkes verrichten können, wenn er lauter Saarbrückener Baumgärtner zur Verfügung gehabt hätte. Insbesondere würden dann Volks-, Gosh- und Landesvertreter, Meister und Umhänger wie der Reichsführer a. D. Schleicher und seine Frau, und die katholischen Führer Dr. Klausener und Probst noch leben. Für deren Abschließen und das Abschließen von einigen hundert anderen Untermenschen ist der Reichsführer durch den Reichswehrminister und den Reichspräsidenten beglückwünscht worden. Also für treifere Schätze! Von Glückwünschen für einen so miserablen Schützen wie den Vg. Baumgärtner darf schon im Hinblick auf die Erziehung der Hitzewellen zu richtigem Entschlossenheit und sicherem Zielen nicht die Rede sein. Dagegen hören wir, daß „Deutsche Christen“ des Saargebietes „gebunden an Gottes Wort und an die Befehle der Väter“ ein Protesttelegramm an den Eufemistischen Rat in Genf zu richten beabsichtigen. Darin soll gegen die Regierungskommission der Vorwurf erhoben werden, daß ihre ebenso so undeutliche wie unehrliche politische Einstellung die Wehrhaftigkeit der wehrfähigen Männer in der „deutschen Front“ zerlege. Das habe in erschreckendem Maße der beschämende Ausgang des Angelwechfels in Saarbrücken bewiesen. Obwohl der Vg. und Komodor Baumgärtner als Vertreter des deutschen Wehrgeistes mit mehreren Schützen im Vorzug war, hat er den Volkstümlichen Wächter verfehlt, während dieser Kriegsdienstverweigerer seinen Gegner gleich mit der ersten Angel niederlegte. Der Eufemistische Rat soll in dem erwähnten Telegramm ersucht werden, auf den Wehrbund einzuwirken, dieser möge von der Regierungskommission den Erlaß einer Verordnung verlangen, die bestimmt: in Zukunft dürfen Antifaschisten erst dann sich gegen die Schiffe eines Mitglieds der „deutschen Front“ wehren, wenn sie in jedem einzelnen Falle die schriftliche Erlaubnis des Landesleiters Piro eingeholt haben.

Innogeistlichen. Auch wir glauben, daß Erich Mühsam nicht freiwillig aus dem Leben geschieden ist, sondern von Hitlers Weiten ermordet wurde. Charakteristisch für den ganz und gar antibürgerlichen revolutionären Dichter sind Verse wie diese:

Kein Schicksal am Hals, kein Netz im Saß,
Wir sind ein schädliches Lumpenpaß,
Auf das der Bürger spelt,
Der Bürger, blank von Hebellos,
Mit Erdendägen auf dem Kopf,
Der Bürger mit dem Gdapanu eloque
Fromm und voll Redlichkeit.

Und ferner:

Wenn Gott mich so verstände,
Wie ich sein Werk verstände,
Er gäb in meine Hände
Den Regen für das Weß.

Ich sah auf Feld und Weide
Das Glück der Welt gedeihen,
Für mich wäht kein Getreide,
Am Nebenod kein Wein.

Ich möcht die Menschen loben,
Wie man das Leben lobt,
Dann selbst mich nicht erwehren
Des Weids, das an mir klebt.

Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Robann P. H. in Dubweiler; für Anzeiger: Otto L. H. in Saarbrücken. Notarstandort und Verlag: Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken & Schloßbach 776 Saarbrücken

Unzählig die Wigge, die den Antifaschismus der Nazis glorifizieren:

„Was machten Sie mit einer Gießkanne in der Hand auf dem jüdischen Friedhof?“ fragt man einen Mann, der bis dahin als ausgezeichneter Christ galt; „begossen Sie dort Blumen?“ „Ach,“ leucht das Opfer des Arierparagrafen, „ich habe nur meine Großmutter getauft.“

Von der Kanzel herab wettert ein Pastor gegen die Rassenkunde: „Alle, die mit Juden verheiratet sind, haben nicht das Recht, zum deutschen Gott zu beten.“ Die Hälfte der Gläubigen verläßt lautiartig die Kirche. Der Pastor fährt fort: „Niemand mehr dürfen die, die nicht die arische Reinheit ihrer Grockeltern beweisen können, diese Kirche durch ihre Anwesenheit entehren.“ Auch die andere Hälfte verschwindet. Aber der Pastor donnert weiter vor den leeren Bänken: „Ich habe noch nicht von denen geredet, deren Mutter eine Jüdin ist. Sie haben vor allem hier nichts zu suchen.“ Da steigt traurig Jesus vom Kreuz herab und verläßt gekerkelten Hauptes das Gotteshaus.

Einige Röhmwigge folgen:

„Wissen Sie, warum der Oberführer nach München gefahren ist?“ fragte einer etwas indiskret. „Sehr einfach: um mit Hauptmann Röhm Dame zu spielen.“

Hitler hat am 30. Juni die 12 Sittengebote für die SA verfaßt. Damit hängt der neueste Wig zusammen. Der Führer will, so sagt man spöttlich, einen Juden übertrumpfen, einen gewissen Moses, der hat es nur auf zehn Gebote gebracht.

„Aber,“ so schliefte der Korrespondent des „Paris-Soir“ seine Wigreihe, „die Zeit der Wigge scheint sich ihrem Ende zu nähern; Hitlers Gegner werden bald nicht mehr mit Anecdoten zufrieden sein.“

Anklage gegen Erich Mühsams Mörder

Die Pariser Kundgebung

Paris, 25. Juli. (Inprek.) In der Pariser Mutualité veranstaltete der Schutzverband deutscher Schriftsteller, Sektion Frankreich, eine Gedächtnisfeier für den ermordeten Erich Mühsam, die zu einer großen und starken Anklage gegen das Mörderregime des „dritten Reiches“ wurde. Es sprachen Anna Seabers, Gaon Erwin Risch sowie zwei persönliche Freunde des Toten: Souhy und Anselm Risch.

Der Vorsitzende des SDS, Rudolf Leonhard, verlas zunächst eine Reihe von Anerkennungen deutscher und ausländischer Schriftsteller, die gegen den barbarischen Mord an Mühsam, der eine monatelange unglückliche Duellerei abschloß, protestierten. Ernst Toller schrieb: „Einen unferer tapfersten Kameraden haben sie getötet, Erich Mühsam. Sie haben ihn gequält und gefoltert, er konnte kaum mehr sehen, er war taub, der Haß seiner Denker kannte kein Erbarmen. Hier war einer, den nicht Mißhandlung, nicht Todesdrohung beugte, der aufrecht bis zum letzten Atemzug der Idee diente. Er kannte nur ein Gebot: Solidarität mit allen Unterdrückten.“ In der Behauptung des Herrn Goebbels, daß Mühsam Selbstmord verübt habe, erklärt Toller: „Das ist eine Lüge! Der Name des Mörders ist bekannt. Herr Hitler wird ihn nicht zur Rechenschaft ziehen. Das Deutschland von morgen wird es tun.“

Alfred Kerr schrieb: „Erich Mühsam, ums Leben gebracht durch die schmierigsten Banditen, welche die Geschichte kennt, war in diesem Leben ein unerlösender und gültiger Sohn der Erde; ein keiliger Kriegermann, der hohe menschliche Ziele verfolgte und verfochten hat, bis zum schweren Schluß. Wir können keiner gedenken — das ist wenig. Aber den Mit- und Lebenden, den Rach- und Lebenden